LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

N D E S R A T
des
AARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 14.Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1925.

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag, den 5.Februar 1925 in der Aula der Oberrealschule zu Saarbrücken 3 (Landwehrplatz) stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Der stellv. Vorsitzende,Mitglied Scheuer (Z.)-St.Jngbert, eröffnet um 3 Uhr 15 Minuten nachmittags die Sitzung.

Seitens der Regierungskommission ist anwesend:

Herr Oberregierungsrat Dr.Heim aus der Abteilung des Innern,als stellvertretender Staatskommissar.

Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergibt die Anwesenheit von 27 Mitgliedern.

Entschuldigt fehlen die Mitglieder:

Eifler (K.P.)-Neunkirchen; Heckler (K.P.)-Wiebelskirchen; Pfarrer Wilhelm (Z.)-Wehrden.

Vorsitzender: Meine Herren! Die uns vorliegende Tagesordnung umfaßt 19 Punkte :

T a g e s o r d n u n g

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Versicherungsgrenze und Grundlohn in der Krankenversicherung;

2) Übertritt aus versicherungsfreier in versicherungspflichtige Beschäftigung und umgekehrt;

3) Änderung des Weingesetzes;

4) Abänderung des Gesetzes betr. Verkehr mit Butter,Käse Schmalz und deren Ersatzmittel vom 15.6.1897;

5) Körung der Hengste;

6) Errichtung einer Arbeitskammer;

7) Ergänzung des § 4 der Verordnung über die gesetzliche Währung im Saargebiet vom 18.Mai 1923 - Amtsbl. 1923 Nr. 352- (Ausschluß der Aufwertung von Ansprüchen in Markwährung);

A4

8) Festsetzung einer Altersgrenze für die staatlichen Beamten des Saargebietes;

9) Erhebung indirekter Steuern;

10) Verkehr mit Waren, die im Saargebiet und in Frankreich einer Kontrolle unterliegen;

11) Befreiung von der Umsatzsteuer für Brotgetreide;

12) Schutz von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen im Saargebiet;

13) Abänderung des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3.Mai 1909;

14) Regelung des Zustellungsverfahrens im Bereiche der direkten und indirekten Steuerverwaltung des Saargebietes;

15) Ergänzung der Verordnung betr. die Einkommenbesteurung;

16) Einführung der Reichsverordnung über das Erbbaurecht vom 15.Januar 1919;

17) Verkehr mit Opium, Kokain und verwandten Stoffen;

18) Abänderung der Verordnung betr. Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Saargebiet und hierzu erlassener Bekanntmachungen;

19) Organisation des Wohlfahrtswesens im Saargebiet.

Die erste Sitzung im neuen Jahre fand am 7.Januar statt. Es war unmöglich, bis zu diesem Tage bereits zu den sämtlichen ~~Fragen~~ Vorlagen Stellung nehmen zu können. Der ganze Landesrat war aber der Meinung, daß so rasch als möglich eine Sitzung abgehalten werden müsse, wegen den Vorlagen sozialer Art, die sich insbesondere mit der Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen befaßten. Diese Angelegenheit sollte nach dem Wunsch des Landesrates im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen um keine Stunde länger verzögert werden, als es unbedingt notwendig war. Aus diesem Grunde fand bereits am 7. Januar eine Plenarsitzung statt. Anschließend an die Erledigung der besagten Punkte sollte dann auch zu den übrigen äußerst wichtigen Vorlagen kurz Stellung genommen werden. Die unglücklichen Saalverhältnisse haben dies nur insoweit ermöglicht, als es sich um spezielle Arbeiterfragen handelte. Die Überweisung der übrigen Punkte an die Kommissionen konnte nicht mehr zur Gelegenheit genommen werden, auch darüber etwas zu sagen. Aus diesem Grunde ist von den Parteien gewünscht worden, daß der Spezialbehandlung der einzelnen Punkte der heutigen Tagesordnung eine Aussprache über die gesamte Tagesordnung vorausgeht. Hiernach werden dann voraussichtlich heute zur Erledigung kommen können die Punkte 1 bis 5. Dann wird es sich darum handeln, die Punkte 11 bis 19 an die Kommissionen zu überweisen.

Das

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Levacher!

Abgeordneter Levacher (Z.): Meine Herren! Wie der Herr Präsident eben ausgeführt hat, besteht das Bedürfnis, im Anschluss an die uns vorliegenden Vorlagen ein Gesamtbild über die politische Situation, so wie sie sich uns darbietet, zuzeichnen. Ich habe da an erster Stelle ein Wort des Dankes zu sagen. Wir haben unsere vorige Sitzung damit begonnen, daß wir an den schwedischen Ministerpräsidenten und den Vertreter Schwedens im Völkerbundsrat, Herrn Branting, ein Telegramm geschickt haben, in dem wir ihm in seiner schweren Krankheit die besten Wünsche für seine Genesung und damit auch zugleich den Dank des Saarvolkes für alles das, was er für uns getan hat, ausgedrückt haben. Heute richte ich den Dank des Landesrates, insbesondere meiner Fraktion, an den Papst. Sie wissen, daß es eine stete Forderung des gesamten Landesrates war und ist, daß wir beim Völkerbundsrat in seinen Verhandlungen offiziell als Vertreter der Saarbevölkerung, als die wir gewählt sind, gehört werden. Trotz aller Anträge, trotz aller Bemühungen, ist uns das bisher nicht gelungen. Die Vereinigung der Völker, die Gründer zur Völkerversöhnung und Völkervereinigung, hat es bis jetzt nicht über sich gebracht, uns zu empfangen. Aber der, den man aus diesem Völkerbund ausgeschlossen hat, der Papst, das ist der erste Souverän gewesen, der die Rechte der Saarbevölkerung anerkannt hat und die Vertreter des Landesrates als solche offiziell empfangen hat

(Bravo! im Zentrum.)

und zwar in einer Form, so würdig und so eindrucksvoll, daß ich, der ich das Glück hatte, bei dieser Delegation mit empfangen zu werden, als erstes Wort für unsere heutige Sitzung unseren ehrfurchtsvollsten Dank dem Papst zu Füßen lege.

(Bravo! im Zentrum.)

Meine Herren! Wenn wir die gesamte Entwicklung übersehen, daß wir diesen Dank aussprechen zu einer Zeit, wo Frankriech die Botschaft beim Papst aufhebt, so spricht das Bände. Lassen Sie mich kurz an etwas erinnern. Mitten in der Peterskirche, am Grab des Apostels, in Rom, ist eine Statue. Da kniet der Papst Pius VI. Und zu mir hat ein Saarländer, der nicht christlicher Konfession ist und vor wenigen Tagen aus Rom zurückgekehrt ist, gesagt: "Diese Statue hat von allem in ganz Rom auf mich den tiefsten Eindruck gemacht." Meine Herren! Wer war dieser Papst? Das war ein 80jähriger Mann, der vor reichlich 100 Jahren mitten in der Nacht durch einen französischen Kommissar gefangen gesetzt und nach Frankreich geführt wurde. Als der alte Mann bat, man möchte ihn doch wenigstens in Rom sterben lassen, da wurde ihm die zynische Antwort: "Vouz pouvez mourir partout!" -Sie können ja überall sterben!- Es ist schwer, in so wenigen Worten mehr Zynismus hineinzulegen. Aber dieser Tage ist mir das Wort immer wieder durch den Kopf gegangen, und zwar in einer ganz anderen Sache. Meine Herren! Es vergeht kaum eine Woche, wo

nicht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

43

nicht eine weinende Mutter zu mir kommt und um ihren Sohn bittet, der in der Fremdenlegion verkommt.

(Hört, hört!)

Jch habe um die Weihnachtszeit einen Brief bekommen von 14 minderjährigen Saarländern, die mir aus Tunis geschrieben haben, ob sie nicht endlich befreit werden könnten.

(Hört, hört!)

Vous pouvez mourir partout! - Die können ja ruhig sterben und verderben. Es ist ja ganz gleich, wo ihre Knochen bleichen, um sie kümmert sich kein Mensch. Aber, meine Herren, es ist unsere Pflicht, einmal ganz offen darüber zu reden. Es handelt sich um leichtsinnige junge Menschen, die sich der Fremdenlegion verschrieben haben und nun ein elendes Leben fristen. Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Wir haben bereits an den Völkerbundsrat deswegen verschiedene Eingaben gemacht. Die Regierungskommission hat es abgestritten, daß hier Werbebüros für die Fremdenlegion seien. Meine Herren! Es besteht ein Brief, und er kann vorgelegt werden. Jn diesem Brief schreibt ein aktiver französischer Kommandant aus einer Garnison des Saargebietes; ich kann Jhnen jederzeit den Namen nennen: "Erstens, der N.N. hat sich zur Fremdenlegion gemeldet; zweitens, ich habe ihn an das Werbebüro in Metz verwiesen."

(Hört, hört!)

Unterschrift und Siegel.- Meine Herren! Der § 141 unseres Strafgesetzbuches lautet folgendermaßen: "Wer im Saargebiet jemand zum Militärdienst in einem anderen als dessen heimatlichen Hoere anwirbt oder wer solchen Werbern einen solchen zuführt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft!"

(Hört, hört!)

Jch will hoffen, daß man auch in diesem Falle das Gesetz beachtet.

(Sehr richtig!)

Gelegentlich einer Auseinandersetzung, die dieser Tage vor der französischen Kammer zwischen dem Abgeordneten Uhry und dem Ministerpräsidenten Herriot stattgefunden hat, hat nach einer übereinstimmenden Meldung der Presse der Ministerpräsident gesagt: "Es gibt noch ein saarländisches Gesetz!". Meine Herren! Jch wünsche, daß man sich auch in dieser Angelegenheit nach dem saarländischen Gesetz richtet!

(Sehr richtig!)

Warum wir die Sachen hier vortragen müssen? Jch habe hier einen Brief. Jch werde Jhnen denselben im Wortlaut vorlesen, berichtet an ein Mitglied des Landesrates:

" Gestatten Sie mir gütigst, Jhnen folgendes unterbreiten zu dürfen:

Mein

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band IV. 4 A4

Mein Sohn Gottfried ließ sich ohne mein issen und ohne meine Erlaubnis am 17.Oktober 1924 zur Fremdenlegion anwerben. Er ist am 13.November 1904 geboren. Sein Engagement erfolgte also, ehe er das 20. Lebensjahr vollendet hatte.

(Hört, hört! -Pfui!-)

Jst es da nicht möglich, durch Vertretung Jhrer Partei im Landesrat dahin zu wirken, daß ich meinen Sohn wieder nach Hause bekommen könnte? Sollten sie gütigst dafür eintreten, so würden Sie mich zu großem Danke verpflichten. Jch habe bereits anfangs Dezember ein Gesuch an Herrn Staatsrat Rault gerichtet und ihn gebeten, etwas in der Sache zu tun. Bis heute ist mir noch kein Bescheid von dort zugegangen.

(Hört, hört!)

Am 27.Dezember 1924 richtete ich ein Gesuch an den Herrn Kriegsminister in Paris und sandte gleichzeitig 250 Franken Engagementsgelder an ihn ab mit der Bitte, meinen Sohn wieder zu entlassen. Das Geld kam ohne jeglichen Bescheid von Paris wieder zurück. Vielleicht ist der Landesrat in der Lage, etwas in der Sache zu tun. Jch wiederhole meine Bitte um gefl. Entgegenkommen Jhrerseits.

Mit aller Hochachtung
gez. Unterschrift."

Meine Herren! Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit die ganze Widersinnigkeit der Regelung, daß man Frankreich durch ein Geschenk der Regierungskommission die Vertretung der auswärtigen Jnteressen des Saargebietes übertragen hat.

(Sehr richtig!)

Wenn wir uns also um diplomatischen Schutz in dieser Angelegenheit bemühen wollen, dann müssen wir das bei Frankreich tun. Meine Herren! Das heißt doch, den Teufel beim Belzebub verklagen! Jch hoffe, daß nunmehr die Energie aufgebracht wird, die von seiten der Regierungskommission und ihrem Präsidenten in anderen Angelegenheiten so schnell aufgebracht wird. Meine Herren! Es ist heute von Wolff folgende Meldung verbreitet worden. Ob sie stimmt, ich weiß es nicht, aber sie ist von Wolff verbreitet. Die Meldung lautet:

" Die französische Regierung hat gestern der Kammer den Text zweier Abkommen zugehen lassen, die am 15. Januar in Paris zwischen der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes unterzeichnet wurden. Es handelt sich um Maßnahmen, die auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles ergriffen werden, wonach nach dem 10.Januar 1925 die zollfreie Einfuhr von Waren deutscher Herkunft aufgehört hat. Seit diesem Zeitpunkt ist das Saargebiet bekanntlich dem französischen Zollregime unterworfen.

Das

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

Das erste Abkommen betrifft den Tabak. Es sieht vor, daß für das Saargebiet das Tabakmonopol nicht eingeführt wird, sondern, daß die Privatindustrie weiter zugelassen ist, jedoch mit der Bestimmung, daß nicht mehr Tabak in den Handel gehen darf, als pro Person drei Kilogramm.

Das zweite Abkommen betrifft die indirekten Steuern und regelt die für die Ein- und Ausfuhr zu treffenden Bestimmungen. Es setzt den Verbrauch von Alkohol pro Kopf der Bevölkerung auf nicht mehr als 3 1/2 Liter fest. Außerdem wird bestimmt, daß im Saargebiet die Umsatzsteuer, die Steuer auf Automobile, Motorräder und Fahrräder eingeführt wird.

Die Regierung verlangt die rascheste Annahme dieser beiden Abkommen und erklärt, daß, wenn sie seitens des Parlaments genehmigt würden, man in Verbindung mit den im Saargebiet selbst zu treffenden Verwaltungsmaßnahmen eine Garantie geben könne, daß die Ueberwachung, die an der Südgrenze des Saargebietes aufgerichtet wurde, regelrecht funktionieren werde.'

Soweit die Meldung von Wolf. Meine Herren! Bewundern Sie die Energie unserer Regierungskommission, die noch nicht einmal abwarten kann, bis die Vorlagen, die augenblicklich in unseren Kommissionen beraten werden, von uns verabschiedet worden sind,

(Hört, hört!)

die sich bereits am 15. Januar in Paris gebunden hat, ohne das Gutachten des Landesrates abzuwarten. Das ist doch unerhört! Ich stelle hiermit in aller Oeffentlichkeit die Frage: Hat sich die Regierungskommission als solche durch einen Beschluss in dieser Angelegenheit festgelegt, und insbesondere, wie hat sich das saarländische Mitglied der Regierungskommission zu diesem Beschluss verhalten?

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Es gibt im Saargebiet ein Gesetz, und dieses Gesetz bedroht eine Urkundenfälschung in § 267 mit Strafe und zwar schwere Urkundenfälschung mit Zuchthausstrafe. Es gibt im Saargebiet einen Mann, der sich schwerer Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. Es ist dies Rollin. Jn der berüchtigten Kennel-Affäre ist das einwandfrei festgestellt worden. Wenn irgendwelche Zweifel bestanden hatten, sind sie dadurch behoben, daß die Regierungskommission bisher noch keinen Anlass genommen hat, irgendwie berichtigend in der Oeffentlichkeit aufzutreten und zweitens dadurch, daß man Rollin aus der berühmten Behörde, die sich Oberste Polizeibehörde nennt, entfernt hat. Ob seine Versetzung eine Bestrafung darstellt, weiß ich nicht. Jedenfalls gibt es ein saarländisches Gesetz, nach welchem diese Leute bestraft werden sollen. Warum ist nichts geschehen? Offen genug war der Skandal. Die Entfernung des Rollin und Adler, -ob Bestrafung oder Beförderung weiß ich nicht-, vermag uns nicht zufrieden zu stellen. Wir werden darauf bestehen, daß, wenn solche Handlungen begangen werden, diese auch bestraft werden. Meine Herren! Wir stehen in einem Moment, der so wichtig für unser Wirtschaftsleben ist, daß er tatsächlich Leben oder Tod für uns bedeutet. Das ist die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

Abschnürung von Deutschland und die Zollangliederung an Frankreich. Jedes Wirtschaftsleben im Saargebiet ist unmöglich. Die Verhältnisse haben sich bis zur Untragbarkeit gestaltet. Kein Mensch weiß, was geschehen wird. Wir haben uns an die Regierungskommission gewandt. Ja, lieber Gott, was die gemacht hat, bestand darin, daß sie erklärt hat: "Wir können nichts genehmigen, was auf eine Abänderung des Versailler Vertrages hinausläuft." Die Wirtschaft kann kaputt gehen, unsere Regierungskommission rührt keinen Finger. Wir können uns wiederum an Frankreich wenden. Was hat der französische Handelsminister der Abordnung erklärt? "Erstens, meine Herren, Sie scheinen etwas zu schwarz zu sehen und zweitens, wenn die Sache so nicht geht, sind wir zu Milderungen bereit." Also meine Herren, das heißt auf gut deutsch, wir können erst mal zugrunde gehen, und dann ist man zu Milderungen bereit. Die ganze Wirtschaft kann machen, was sie Lust hat, man kümmert sich nicht darum.

Nun kommt ausgerechnet in diesem Augenblick die Ankündigung einer neuen Währung für das Saargebiet. Als ich zum ersten Mal in der Zeitung las, daß der französische Finanzminister erklärt habe, eine andere Währung einzuführen, dachte ich, es sei ein Druckfehler. Es war aber kein Druckfehler, es stimmte. Wir und die Madagasken -ich muss höflicher sagen, die Madagasken und wir- sind das Objekt derartiger Spekulationen Frankreichs geworden. Der Finanzminister hat erklärt, Frankreich habe die Einführung des Franken im Saargebiet nicht gewollt und nicht sanktioniert und zieht den Schluss, daß er die Währung ändern kann. Die Bestimmungen über die Währung sind im Versailler Vertrag niedergelegt, daß wir unsere Gesetze behalten sollen,-und zu diesen Gesetzen gehören auch Währungsgesetze- und somit war die gesetzliche Währung die deutsche Reichsmark. Als die Inflation kam, benut nutzte man den Augenblick, wo man nach außen hin sagen konnte, man täte es der Bevölkerung willen und führte gegen den einstimmigen Willen des Landesrates den französischen Franken ein. Wir haben von vornherein erklärt: die saarländische Wirtschaft kann sich nicht damit zufrieden geben, denn es fehlen uns Kreditinstitute, wie Reichsbank und Düsseldorfer Landesbank. Wie ist es gekommen? Noch schlimmer, als wir gesagt haben. Es fehlen uns die genannten Institute. Es ist unmöglich, für Kommunen Kredite zu bekommen. Was an Krediten hereingekommen ist, das sindim wesentlichen Dollar-Kredite und in letzter Zeit wieder deutsche Guthaben. Das Land, das uns gegen unseren Willen eine Währung aufzwingt, gibt uns keinen Kredit. Wir besorgen uns Kredit. Und was will man nunmehr? Man will den Grubenfranken einführen, mit beschranktem Umlauf, einlösbar im Saargebiet und Elsass-Lothringen. Um uns dieses Geld schmackhaft zu machen, hat man gesagt: "Die Aufschrift ist deutsch und französisch."

(Unruhe - Lachen.)

Garantiert wird dieser Franken durch die "Banque de France". Das Saargebiet, das von Frankreich keine Kredite bekommen hat, soll jetzt eine halbe Milliarde Franken an Frankreich zinslos leihen. Frankreich hat übrigens keine andere Wahrung einzuführen. Es steht im Vertrag von Versailles nur, daß dem Umlauf des französischen Franken kein Hindernis

entgegengestellt

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

entgegengestellt werden darf. Der französische Franken ist naturgemäß der ordentliche und kein Bergmannsfranken. Wenn der französische Finanzminister den Beschluss gefasst hat, ist das eine absolute Verletzung der Vertragsbestimmungen. Jch habe mich darüber gewundert, daß sich der saarländische Finanzminister von seinem französischen Kollegen in seine Angelegenheiten hineinreden lässt.

(Zuruf: " Sehr gut! ")

Natürlich geht das garnicht; alle Gesetze können erst abgeändert werden, nachdem wir gehört worden sind. Es ist zur Abänderung der Währungsgesetze eine Anhörung nötig. Dies zu der Frage, die in der letzten Zeit zu Beunruhigungen geführt hat und dies mit vollem Recht. Nicht nur, daß man uns die Reichsmark genommen hat, auf die wir Anspruch haben und die einzige Währung für uns ist, sondern weil man uns die französische Währung gegeben hat und nun eine Währung geben will, die noch schlechter ist als die französische. Dadurch werden die Verhältnisse im Saargebiet automatisch schlechter werden.

Jch habe im Namen meiner Fraktion folgenden Antrag zu stellen, den wir dem Vorstand schriftlich übergeben werden:

" Die Zentrumsfraktion des Landesrates ersucht die Regierungskommission des Saargebietes, die Währungs-Verordnung vom 23.Juni 1923 aufzuheben und anstelle des französischen Franken die deutsche REICHSMARK als gesetzliche Währung des Saargebietes wieder einzuführen.

Begründung:

Der französische Finanz-Minister hat lt. dem offiziellen Kammerbericht erklärt, daß die Frankenwährung gegen den Willen Frankreichs auf ungesetzlicher Grundlage eingeführt worden sei; Frankreich sucht daher auch dem Umlauf des französischen Geldes im Saargebiet, entgegen dem Versailler Vertrag Schwierigkeiten zu bereiten, indem es jetzt besonderes, sogenanntes Saargeld herausgeben will. Diesem Versuche des französischen Finanzministers kann die Saarregierung nur dadurch begegnen, daß sie die Reichsmark wieder einführt.

Im Uebrigen nimmt die Zentrumsfraktion ausdrücklich Bezug auf die Begründung der Verordnung betr. die Einführung des französischen Franken als gesetzliche Währung im Saargebiet. Diese Begründung kann in fast allen Teilen auf die heutige Währung im Saargebiet angewandt werden; danach ist die Frankenwährung im Saargebiet nicht haltbar."

Der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

Der 10. Januar hat uns dann, wie ich eben schon sagte, endgültig, das heißt nur auf 10 Jahre hoffentlich, in das französische Zollregime eingeführt. Jch habe eben bereits gesagt, daß diese Abschnürung eine unendliche wirtschaftliche Ungewissheit und damit ein Zustand hier herbeigeführt hat, der auf längere Wochen nicht mehr tragbar ist. Jch denke da garnicht an solche Kleinigkeiten, die einmal bei dem Zoll jetzt passieren. Der Fußballklub z.B. war am Sonntag von der Universität Köln zu einem Wettspiel eingeladen worden. Da haben die Studenten der Universität Köln diesem einen Lorbeerkranz gekauft, der ein bißchen vergoldet war und an dem eine rot-weiße Schleife hing mit der Aufschrift: "Die Studenten der Universität Köln ihren Freunden in Saarlouis". Nun kommt das Schöne, - als der Kranz am Zoll gezeigt wurde. Zuerst sollte er 54 Franken Zoll kosten. Darauf haben die Leute ihr übrig gebliebenes Geld zusammengebracht; das langte gerade noch. Als man aber nun die 54 Franken bezahlen wollte, da hieß es auf einmal, das wäre nur eine überschlägliche Schätzung gewesen. Es war also irgend ein Steuersatz genommen worden, vielleicht der von firschem Gemüse,

(Lachen und Heiterkeit)

ich weiß es nicht. Und die Herrschaften haben nachher ausgerechnet, daß der Kranz 154 Franken Zoll kosten solle.

(Hört, hört!)

Der Fußballklub Saarlouis hat daraufhin diesen Kranz der Zollverwaltung dediziert. Wahrscheinlich ist es das erste Mal, daß sie sich mit Lorbeeren bedeckt hat!

(Bravo! und Heiterkeit.)

Jch habe dann selber noch einige Erfahrungen gemacht. Jch werde sie nur ganz kurz streifen. Jn Mettlach ist jetzt die Jagd auf die wankende französische Währung außerordentlich intensiv geworden. Mehr wie tausend von den Dingern darf man da nicht mitnehmen, und es geht da eine Tasterei los, die geradezu ekelhaft ist. Wir waren zu 5 Herren in einem Abteil gewesen. Wir wurden überall betastet, am Bauch, Ober- und Unterschenkeln usw. Dabei bin ich mir nicht ganz klar, ob die Finger in der Situation waren, wie ich sie gern hätte;

(Lachen)

aber es ist so kleinlich und so widerlich, daß man sich wiederholt frägt: "Jst das notwendig, weil wir Saarländer sind?" Jch kann mir nicht denken, daß auch die Franzosen so behandelt werden. Jch kann Jhnen ruhig sagen, wenn ich Franzose wäre und ich würde so behandelt, würde ich einem glatt hinter die Ohren schlagen!

(Sehr gut!)

Auf diese Kleinigkeiten kommt es aber garnicht an. Aber nehmen Sie nur die Städte wie Merzig und St. Wendel. Nehmen Sie nur unsere Arbeiter, die täglich zweimal diese Grenze passieren und allen diesen Schikanen ausgesetzt sind. Das ist

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

ist ein Zustand, den man auf die Dauer nicht ertragen kann. Und nun die Krone des Ganzen. Die Sache müssen wir auch wieder selbst bezahlen. Unter den Vorlagen, die unserer Begutachtung unterliegen, ist eine, die von den indirekten Steuern spricht. Ich hatte mir bereits die Ehre genommen, darauf hinzuweisen, daß unser Herr Präsident Rault, ohne uns zu fragen, den entsprechenden Vertrag bereits unterschrieben hat. Es wird das Notwendige dazu auch nochmals gesagt werden können, wenn wir auf diese Vorlage selber kommen. Jedenfalls kann ich schon heute namens meiner Fraktion erklären, daß wir eine Form zu finden wissen werden, die dem Herrn Präsidenten Rault vielleicht nicht sehr angenehm ist. Aber damit der andere französische Zollkordon nach Lothringen zu wegfallen kann, hat sich nunmehr unsere Regierung verpflichtet, die indirekten Steuern wie in Frankreich einzuführen, mit dem ganzen Wust von Sachen, die wir bisher nicht gewohnt waren. Also um Frankreich die Kosten einer zweiten Zollsperre zu ersparen, werden hier im Saargebiet die indirekten Steuern eingeführt, in einer ganz außerordentlichen Höhe. Bekanntlich sind die indirekten Steuern dadurch, daß sie Kopfsteuern sind, die ungerechtesten, die man kennt. Unsere Reichssteuergesetzgebung beruht ja im wesentlichen auf direkten Steuern, während in Frankreich man sich dazu noch nicht entschließen konnte und im wesentlichen die Finanzierung auf den indirekten Steuern aufgebaut hat. Der Segen, der sich für uns aus dieser Vorlage ergibt, ist der, daß wir einerseits die hohen direkten Steuern weiterbezahlen müssen, weil sie aus dem deutschen Wirtschaftsleben übernommen sind und andererseits, um Frankreich Ausgaben zu ersparen, die hohen indirekten Steuern auch noch zu bezahlen haben.

(Hört, hört!)

Es ist wirklich ein Zustand, den man als verantwortlicher Mensch kaum richtig bezeichnen kann. Man mutet uns das zu, ohne den Nachweis zu erbringen, daß eine derartige Besteuerung im Jnteresse des Saargebietes notwendig ist. Wir haben doch Frankreich keine Steuern zu bewilligen, sondern nur dem Saargebiet.

(Sehr richtig!)

Und ich kann nemens meiner Fraktion erklären, daß wir, ehe uns nicht der Nachweis erbracht ist, daß diese Steuern für den Haushalt des Saargebietes notwendig sind, wir keinen einzigen Centimes bewilligen werden!

(Bravo!)

(Zuruf Reinhardt: "Das habt ihr aber nicht immer so gemacht!")

Seien Sie ganz ruhig, Herr Reinhardt, das war immer so!

(Lachen des Herrn Reinhardt.)

Das trifft nun alles zusammen, die Häufung der Steuern auf den einzelnen Kopf mit einer Lage, die für das Saargebiet so verheerend wirkt und wirtschaftlich bisher noch nicht da war. Man braucht sich nur die Bergarbeiter anzusehen, die augenblicklich in einem harten Kampf mit der französischen Grubenverwaltung sich befinden. Jn der Fertigindustrie wird gekämpft. Es ist die allgemeine Uebereinstimmung, daß diese Löhne so niedrig sind, daß die Lebenshaltung dadurch

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

dadurch höchst ungünstig beeinflusst werden muss. Die beteiligten Kreisen erklären: wir können nicht mehr bezahlen, die Konkurrenz lasst das nicht zu; und in dem Augenblick führt oder will man die indirekte Besteuerung einführen. -

Meine Herren! Jch benutze nun den Anlass, wo ich auf die Arbeiter zu sprechen komme, um namens meiner Fraktion den Opfern der Dillinger Katastrophe, ihren Angehörigen, den Organisationen, unser aufrichtigstes Beileid auszusprechen. Jch habe es sehr bedauert, daß ich durch eine Reise verhindert war, persönlich der Beerdigung beizuwohnen. Wir wollen hoffen, daß durch die Verabschiedung der neuen sozialen Gesetze die Lage dieser Hinterbliebenen sich ändert.

Jch sprach von den schlechten Verhältnissen der Arbeiter. Aber, meine Herren, wie ist es denn bei den Beamten? Die Beamtenschaft steht im selben Kampf, und nachdem alle Mittel erschöpft sind, ist die mittlere und obere Beamtenschaft dazu übergegangen, die Regierung einfach zu verklagen, und nun ergibt sich ein Bild, so wunderbar, daß man es garnicht für möglich halten könnte. Die Gerichte sprechen Recht im Namen der Regierungskommission als direkte Vertreter der Regierungskommission, und diese Regierungskommission lehnt nach bisher unwidersprochenen Zeitungsnachrichten diese Richter ab. Also, die Regierungskommission erklärt selbst, die Richter, die ich auf diesen Posten gesetzt habe, sind befangen mir gegenüber. Jch kann mir kaum einen wahnsinnigeren Zustand in einem modernen Rechtsstaat denken. Wir wollen doch in einem Rechtsstaat leben, wo die eigene Regierungskommission die eigenen Richter in dieser Weise bloszustellen versucht.

(Hört, hört!)

Es spricht tatsächlich Bände für das Verhältnis der Regierungskommission zur Bevölkerung und für ihr Verständnis zu ihren Beamten, daß man diesen Schritt gemacht hat. Man fragt sich: wie ist das möglich? Aber, meine Herren, das ist nicht das einzige Mißtrauen gegen unsere Richter. Sie wissen ganz genau so gut wie ich, daß der weitaus größte Teil dieser Herren bis heute noch nicht auf die Regierungskommission vereidigt ist.

(Sehr richtig!)

Die Richter sind einstweilen in ihrer übergroßen Mehrzahl noch vereidigt auf den König von Preußen. Ob das der Grund ist, warum die Regierungskommission ihnen nicht recht traut, weiß ich nicht.

(Lachen.)

Diese Fürsorge der Regierungskommission erstreckt sich dann auch auf den richterlichen Nachwuchs. Die Referendare bekommen bekanntlich kein Geld, sondern arbeiten umsonst. Es ist nun überall so, daß bedürftige Referendare für ihre Arbeiten entschädigt werden. Wir haben uns die Mühe gegeben, durch den Herren Regierungskommissar, dem ich dafür herzlich danke, an die Regierungskommission heranzutreten und sie zu fragen, ob sie gewillt ist, diese Unterstützung auch zu gewähren. Jch muss Jhnen allerdings sagen, daß in letzter

<u>Zeit</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

Zeit in Deutschland auch in dieser Beziehung abgebaut worden ist, aber nur deshalb, weil es kein Geld hat, weil es Reparationen an Frankreich bezahlen muss, während wir angeblich keine Reparationen an Frankreich zu bezahlen brauchen. Und nun wurde uns die Antwort zuteil: Die Saarregierung hat keinen Bedarf an Referendaren; sie müsse es grundsätzlich ablehnen; wenn einer in besonderer Not ist, könne ihm gegeben werden. Also, weil die Regierungskommission keinen Bedarf an Referendaren hat, kann mit diesen Leuten passieren, was will. Ob sie unterkommen oder nicht unterkommen, das ist der Regierungskommission ganz gleichgültig. Der Weg nach dem Westen steht ihnen offen.

Dieses Wohlwollen besteht auch für die Schule. Sie wissen, daß in Rom die Regierung in einer verblümten Form gesagt bekommen hat, -Völkerbund drückt sich immer sehr höflich aus- sie möchte mal ihre Weisheit walten lassen und ein Mittel suchen, die Mißstimmung der Bevölkerung gegen die französische Schule einzudämmen. Dieser Beschluss ist herausgekommenam 17.Dezember, ich glaube sogar noch einen Tag eher. Aber die Weisheit waltet immer noch nicht, und wir warten noch immer darauf, welche Konsequenzen die Regierungskommission nun endlich kraft ihrer Weisheit aus diesem Beschluss zieht.

(Schmelzer: "Ein Schelm gibt mehr, als er hat!"-Lachen-)

Jch habe in Bezug auf diese Weisheit immer Zweifel gehabt, die sich insbesondere auch darauf gründen, daß bereits vor 2 Jahren in jener berühmten Sitzung in Genf, man auch der Weisheit der Regierungskommission anheimgestellt hat, die Notverordnung mal aufzuheben.

(Dr.Sender: "Die Weisheit wurde nicht ganz gefunden!")

Jch glaube, die zieht sie auf Flaschen und tut sie in den Keller.

(Lachen!)

Jch möchte von der Regierungskommission wissen, was sie bezüglich der französischen Schulen zu tun gedenkt.

Es steht weiter zur Beratung das Gesetz über die Aufwertung; ein Gesetz mit einer so salomonischen Begründung, wie ich sie selten gesehen habe.

Meine Herren! Es ist schwierig, eine gerechte Regelung der Steuern zu finden. Wie man die Steuern auch machen mag, einer wird immer benachteiligt sein. Also darf man keine Steuern erheben. Genau so schwierig ist es für einen Ausländer, Jnländer zu regieren, deshalb soll ein Ausländer nie Jnländer regieren.

(Unruhe - Lachen!)

Auf dieser hohen Weisheit ist der Entwurf aufgebaut, daß man nicht aufwerten darf. Als Jurist habe ich gemeint, wir hätten das Bürgerliche Gesetzbuch, in dem steht, daß die Schulden bezahlt werden müssen. Nun kommt die Regierungskommission und sagt: "Das brauchst Du nicht zu bezahlen!" Unangenehmer ist die Sache für den Mittelstand, der in der Jnflationszeit genügend mitgenommen worden ist; da sagt man einfach,

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

einfach, die Schuld braucht nicht bezahlt zu werden. Jch will Jhnen die Widersinnigkeit an einem Beispiel nachweisen: Der Staat hat den Saisen gesagt, ihr müsst euer Geld, Vermögen, anlegen bei Sparkassen, in Staatspapieren, Hypotheken. Diese sind aber zu nichts entwertet. Da kommt der saarländische Staat, der die Leute gezwungen hat, ihr Vermögen zu verlieren und nun verbietet man, die Schuld zurückzuzahlen, wo ein Schimmer von Hoffnung auftaucht, daß sie etwas retten.

Wir haben in diesen Tagen durch die Presse eine Nachricht gehen sehen, wegen der Saareinwohnerschaft. Jch glaube, daß für einen Ausweis 8 Francs bezahlt werden müssen. Wir haben uns dagegen gewehrt und meine Fraktion bringt folgenden Antrag ein:

" Die Zentrumsfraktion des Landesrates beantragt bei der Regierungskommission des Saargebietes, die Verordnung vom 15.Juni 1921 über die Saareinwohnerschaft und die Ergänzungsbestimmungen vom 21.Januar 1923 aufzuheben.

Begründung:

Die Verordnung über die Saareinwohnerschaft vom 15.Juni 1921 hat den allgemeine Widerspruch der Bevölkerung hervorgerufen, namentlich der § 5 der Verordnung, welcher selbst den im Saargebiet geborenen Bewohnern schon nach einjähriger Abwesenheit ihr Bürgerrecht nimmt, ist eines zivilisierten Landes unwürdig. Die Ergänzungsbestimmungen zu dieser Verordnung vom 21. Januar 1923 gehen noch über die Verordnung hinaus und ändern deren Bestimmungen teilweise grundlegend ab; sie ist ohne Befragen des Landesrates erlassen worden und schon aus diesem Grunde rechtsungültig."

Zum Schluss, meine Herren, noch eine reizende Geschichte: Sie wissen, daß das Saargebiet besetzt ist von einer sogenannten französischen Garnisontruppe. Es wird uns versichert, daß diese Truppe, die nur dem Präsidenten zur Verfügung steht uns Saarländern nichts tun darf. Jch habe festgestellt, daß unsere saarländischen Landjäger angewiesen sind, die französischen Offiziere dienstlich zu grüßen. Es scheint mir an der Zeit, daß man der Sache nachgeht und die Bestimmung aufhebt.

Jch wollte noch sagen, daß wir uns in der Kennel-Sache auf keinen Fall mit Redensarten abspeisen lassen. Diese Sache hat bekanntlich zu einem Bericht an den Völkerbundsrat geführt. Der Präsident hat berichtet: Haussuchungen haben bewiesen, daß bayrische Nationalisten im Saargebiet für ihre Sache Propaganda machen. Der Oberstaatsanwalt in Saarlouis hat ebenfalls zwei Berichte eingesandt, in denen bewiesen sein soll, daß sich zwei bayrische Zeugen für die Wahrheit des eben Gesagten gebunden hätten. Jch habe bereits ausgeführt, daß diese Sache auf Sch indel beruht und habe nicht gehört, daß die Regierungskommission strafrechtlich vorgegangen ist. Man macht bekanntlich Bürgermeister Dr.Neikes für alles verantwortlich, was in seinem Dezernat geschehen ist und man hat ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Jch frage, wessen Dezernat gehören Rollin und Adler an? - - Dem Dezernat des Präsidenten Rault!

(Bravo - Rufe!)

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

Dr.Sender (S.P.): Meine Herren! Ich bedauere, daß die heutige Besprechung ohne Verständigung mit den übrigen Parteien stattgefunden hat. Es soll das weniger ein Vorwurf gegenüber den bürgerlichen Parteien sein. Infolgedessen darf ich mir gestatten, darauf hinzuweisen, daß die Art und Weise, wie wir in der letzten Zeit zu debattieren pflegen, mir nicht als die parlamentarische Methode erscheint. Dies muss beispielsweise in Preußen usw. durch den Aeltestenausschuss geschehen. Der Vorsitzende des Landesrates wird sich erinnern, daß ich die Anregung gegeben habe, daß rechtzeitig vorher, ehe die Sitzung des Landesrates beginnt, die Tagesordnung festgesetzt wird. Wir müssen uns an eine ordnungsgemäße Arbeit gewöhnen, dann werden wir erleben können, daß der Staatskommissar mit vorbereiteten Erklärungen in der Arena erscheint. Ich werde trotzdem versuchen, zu den Fragen, die Herr Levacher berührt hat, kurz Stellung zu nehmen, so wie es im Rahmen der Generaldebatte möglich ist.

Was die Saarbanknote anbelangt, hat die Sozialdemokratische Landesratsfraktion vor einer Woche eine Erklärung veröffentlicht und folgende Anfrage an die Regierung gerichtet, von der ich erwarte, daß der Herr Staatskommissar, nachdem ich versuchen werde, die Anfrage zu begründen, uns eine unzweideutige Antwort erteilen wird, die notwendig ist. Die Anfrage lautet:

"In den letzten Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß nach einer Erklärung des französischen Finanzministers Clementel die französische Regierung die Absicht habe, im Saargebiet an die Stelle des französischen Franken eine Saarbanknote als gesetzliche Währung zur Einführung zu bringen.

Ist die Regierungskommission bereit, den Herrn Staatskommissar beim Landesrat zu ermächtigen, in der nächsten Vollsitzung des Landesrates eine diesbezügliche unzweideutige Erklärung abzugeben?

Die Sozialdemokratische Fraktion hält es jedoch, ohne die geforderte Erklärung abzuwarten, heute schon für notwendig, darauf hinzuweisen, daß sie einem derartigen Finanzexperiment den schärfsten Widerstand entgegenstellen wird und nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß, in Uebereinstimmung mit dem Vertrag von Versailles, das einzig gültige Zahlungsmittel im Saargebiet die deutsche Reichsmark sein muss."

Zu diesem Punkt, der einen in der Geschichte der Welt noch nie dagewesenen eklatanten und die Wirtschaft des Saargebietes so stark berührenden Fall darstellt, werde ich genauer Stellung nehmen.

Meine Herren! Es ist unsere Aufgabe, rechtzeitig der Bedrohung mit einer erneuten Währungsumstellung entgegenzutreten, damit wir nicht von der einen oder anderen Regierung vergewaltigt und vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Bereits hat sich aller Teile der saarländischen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Bevölkerung eine starke Beunruhigung bemächtigt. Die Sozialdemokratische Partei und Fraktion kann der Regierungskommission, das bitte ich den Herrn Staatskommissar, besonders zu beachten, nicht ausdrücklich genug auf ihre schweren Besorgnisse und warnenden Bedenken vor einer zweiten Währungsänderung hinweisen.

Die Gefahren, welche durch die Ausführung des geplanten Projektes auf die ohnehin schwer um ihre wirtschaftliche Existenz ringende.Bevölkerung und insbesondere auf die Arbeiterschaft heraufbeschworen würden, sind in ihrem erschreckenden Ausmaß kaum abzusehen.

(Zurufe: "Sehr richtig!")

Soeben sind die Erschütterungen der Umstellung von Mark- ind Franc -Währung einigermaßen überwunden,(ganz ist das noch heute nicht der Fall), schon drohen uns neue.

Die geplante Saarbanknote gewährt nicht die geringste Hoffnung auf eine stabile Währung. Das erste Erfordernis einer solchen -die Golddeckung- fehlt vollständig, das zweite Erfordernis, Vertrauen in die Beständigkeit und Stabilität der politischen und wirtschaftlichen Unterlagen des Landes, ist außerordentlich gering. Die wirtschaftlichen Garantien des Saargebietes wie Kohlenbergwerke und Saarindustrie sind sehr zweifelhafter Natur. Die ersteren gehören Frankreich und auch das nur bedingt, weil Deutschland 1935 ein Rückforderungsrecht hat; die Letztere hat selbst mit Kreditnot zu kämpfen und durch den Zollabschluss ihr bisheriges Hauptabsatzgebiet verloren. Die Folge ist: Die gesamte saarländische Wirtschaft stößt bei den Kreditgebern auf starkes Mißtrauen, weil sie neben der scharfen Wirtschaftskomkurrenz auch noch politisches Kampfobjekt ist. Die in Aussicht gestellte Garantie der Banque de France oder der Bergwerke würde eine Differenzierung gegenüber dem französischen Franken zu Ungunsten des saarländischen nicht verhindern, insbesondere wegen des fehlenden Vertrauens. Je kleiner der Staat, desto unsicherer dessen Wirtschaft, abgesehen davon , daß das Saargebiet wirtschaftlich und politisch ein künstliches, unselbständiges und wie wir sicher hoffen, nur vorübergehendes Gebilde ist, das auch in der Zukunft noch manche Annexionsgefahren zu überwinden haben wird.

Die Verwendungsmöglichkeit der neuen Banknoten wäre also eine eng begrenzte und währungstechnisch durchführbar nur derart, wo Zwangskurs für sie herrscht. Das wäre lediglich im Saargebiet selbst, da wir wegen der rechtlichen, insbesondere staatsrechtlichen Schwierigkeiten uns einen Zwangskurs für ganz Frankreich schwer vorstellen können. (diese Frage wäre auch zu beantworten!).

Durch die neuen Banknoten wäre also nur erreicht, daß das Wechselfieber und die Wechselstuben seligen Angedenkens wieder erstehen würden, daß jeder Saarländer, der einen Schritt nach dem Osten oder Westen macht, sich erst bei der Bank Mark oder Franken kaufen muss.

Weitaus der größte Teil aller Umsätze von Handel und Industrie sowohl im Einkauf als im Verkauf, müsste eine Verwandlung von Saarfranken in französische Franken und evtl. eine weitere in Mark oder andere Devisen,was nicht ohne erhebliche Kosten abgeht, erfahren.

Dadurch

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Dadurch wiederum entsteht eine Verteuerung der Produkte. Denn so gewiss die Herren Unternehmer, (das dürfte die Rechte interessieren), in Handel und Industrie Ersparnisse in ihren Betrieben als Gewinne einstecken, ohne die Ware zu verbilligen, so sicher ist, daß jede Neuausgabe und jedes neue Risiko auf den Preis der Waren geschlagen wird. Diese Verteuerung kann auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft geradezu vernichtend wirken.

Fremde Geldgeber werden kein Geld in's Saargebiet geben, es sei denn gegen Valutasicherheit und die Kapitalisten des Saargebietes werden ihr Geld erst recht nicht in Saarfranken ausleihen, sondern Garantien in anderen Währungen verlangen. Ein weiteres Risiko des Unternehmers und weitere Verteuerung, am stärksten fühlbar wiederum für die schlechtentlohnte Arbeiterschaft.

Der Sparsinn wird vernichtet. Die wenigen Sparer, welche von ihrem kärglichen Lohn oder Gehalt zur Zeit noch etwas ersparen können, werden abgeschreckt und verleitet, das zu tun, was sie während der Markinflation getan haben, nämlich unnütze Werte anschaffen, aus Furcht, das Ersparte doch zu verlieren. Andere werden ihr Geld außer Landes geben. Die Kapitalflucht beginnt wieder. Die Kreditnot wird größer, die Zinsen werden höher, die Preise steigen. Die übelsten Wirkungen werden in der Bautätigkeit zu spüren sein, da keine Hypothekengelder in der Saarwährung zu haben sind. Bauarbeiter und Handwerker liegen arbeitsbrach.

Wir können nur warnen und nochmals warnen. Mit wie wenig Umsicht und Sorgfalt die Regierungskommission im Jahre 1923 die französische Frankenwährung im Saargebiet zur alleinigen gesetzlichen Währung gemacht hat, beweist am besten, daß selbst die französische Regierung heute erklärt, daß die gesetzliche Ermächtigung dazu gefehlt habe und die unbedingt notwendigen Verhandlungen mit der Banque de France als Lieferant und Garnat der Banknoten versäumt worden seien; Mit anderen Worten, von der Regierungskommission des Saargebietes versäumt worden ist. <u>Im privaten Wirtschaftsleben würde man eine solche Verwaltung leichtfertig und verantwortungslos, mindestens aber als unfähig bezeichnen.</u> Oder weiß in Frankreich die Linke nicht, was die Rechte getan hat? Warum kommt die französische Regierung erst heute zu dieser Feststellung und weshalb protestiert sie im Jahre 1923 nicht dagegen? Will sie etwa behaupten, von der Saarregierung hinter das Licht geführt zu sein?

(Zuruf Levacher: "Die tut so etwas nie!")

Sancta Simplicitas! Die Antwort auf diese Fragen gibt uns der französische Finanzminister in seinen Ausführungen: Das sind Fragen, die selbst der klügste Staatskommissar nicht beantworten kann. Es sind Stützungsaktionen für den französischen Franken notwendig. Das Notenkontingent der Banque de France im Höchstbetrag von etwa 41 Milliarden ist ungefähr erreicht und von einer glatten Erhöhung dieses Kontingentes um wenige Milliarden fürchtet man ein Sinken der französischen Valuta. Die Regierung braucht aber Geld, das wegen des Widerstandes der Börse durch Steuern allein nicht aufgebracht werden kann. Die französische Regierung greift zu Palistivmitteln, wie besondere Währung für Madagaskar und Saargebiet. Ich bin auch so höflich wie mein Herr Vorredner

<u>und</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

und nenne Madagaskar zuerst.

Wegen weniger als einer halben Milliarde will man das Saargebiet wiederum in Ungewissheit und noch größere Not stürzen? Aus Gründen des Prestiges und wirtschaftlichen Nutzens Frankreichs hat das Saargebiet gegen den Protest der Bevölkerung den französischen Franken aufokroyiert erhalten. Aus denselben Gründen will man uns diese Währung wieder nehmen und durch eine neue ersetzen. Das sind die Gründe, darüber herrscht kein Zweifel.

Diese Experimente sind unerträglich für ein Industriegebiet, wie das Saargebiet. Unerträglich für ein Gebiet, das man von miserablen Chirurgen erst politisch und wirtschaftlich aus dem Mutterleib herausamputiert hat, dem man sein bisheriges Absatzgebiet verschlossen und von seinem natürlichen Bezugsland abgeschnitten hat, - alles wiederum aus Gründen des französischen Prestiges und wirtschaftlichen Nutzens.

In rechtlicher Beziehung bin ich heute noch der Auffassung, daß schon die Einführung der französischen Frankenwährung im Widerspruch zu den Bestimmungen des Saarstatuts des Versailler Vertrages erfolgte. Für eine neue eigene Währung aber fehlt der Regierungskommission jeder Rechtsgrund, denn der § 32, der als Scheinrechtsgrund zur Einführung der Frankenwährung herhalten musste, spricht doch nach der eigenen Begründung der Regierungskommission höchstens gegen die Abschaffung der französischen Frankenwährung. Wenn also die Abschaffung des französischen Franken im Saargebiet von der französischen Regierung gefodert wird, dann verlangen wir in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag die Wiederherstellung der Markwährung. Die damit verbundenen neuen Schwierigkeiten werden vom Volke leichter ertragen; denn im Jahre 1935 werden wir ohnehin wieder zu dieser Währung gelangen,

(Zurufe: "Sehr richtig!")

Dann noch eine Frage. Nehmen wir den Fall, der Saarfranken würde trotzdem eingeführt. Wie stellte sich die Regierung dazu und wer würde die Saarbanknote einlösen. Glauben Sie, Herr Staatskommissar, daßdie französische Bank einlösen wird? Das glauben Sie selbst nicht!

(Zurufe: "Sehr richtig!")

Wir warnen daher die Regierung, es zu dulden, daß mit der Bevölkerung frivoles Spiel getrieben werde. Will man spielen, spiele man mit Madagaskar, Indochina, Siam, Tunis und Algier-nicht mit der Bevölkerung des sogenannten Völkerbundsgebietes. Das sind die Bemerkungen, die ich in kurzen Zügen zu dieser Frage niederlegen wollte.

(B r a v o - R u f e !)

Meine Herren! Darf ich mir gestatten, einige Fragen zu berühren, die mein Herr Vorredner besprochen hat. Wir sind selbstverständlich auf's tiefste erschüttert über ein solches Unglück, wie es sich in Dillingen zutrug. Es beschleicht einen immer wieder die menschliche Schwäche, wenn wir an der Bahre der Opfer der Arbeit stehen. Es genügt nicht,

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

nicht, wenn wir den Betroffenen das Mitleid ausdrücken. Hier hilft nur die Tat. Hier hilft nicht die Tat als Almosen.

(Zuruf: "Sehr richtig!")

Es ist erschütternd, wenn man in der Zeitung lesen musste, daß eine Frau, deren Mann verschieden ist, am Grabe ausrief: "Wie soll ich meine 8 Kinder ernähren?". Das ist ein erschütternder Ruf, meine Herren!

Meine Herren! Wir hatten vor einigen Tagen Sozial-Vorlagen zu beraten. Wir wollten die Hilfe der Versicherung erhöhen, daß sie einen einigermaßen angemessenen Betrag für die Betreffenden gewährleistet hätte. Meine Herren! Man muss auch einmal den Gegnern etwas anständiges zutrauen. Es ist nicht alles Agitation.

(Zuruf Schmelzer: "Das können Sie auf sich selbst anwenden!")

Sie können mir keine Vorwürfe machen, Herr Schmelzer! Für die sogenannte soziale Aufwertung möchte ich mich aussprechen, für eine Aufwertung in dem Rahmen der Bedürfnisse der durch die Mark.Inflation Betroffenen.

(Zurufe: "Sehr gut!")

Wir werden zu dieser Frage Stellung nehmen und bedauern, daß insbesondere durch die Anträge der Rechten es heute nicht möglich ist, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wir sind der Auffassung, daß einfach zu sagen ist, es gibt keine Aufwertung, wie die Frage, es gäbe eine Aufwertung. Die Lösung wird wohl in der Mitte liegen. Ich habe die Vertreter der bürgerlichen Parteien darauf hingewiesen, und es hätte genügt, wenn der Landesrat seine Auffassung vorgetragen hätte und sich die einzelnen Wünsche zu Anträgen verrichtet hätten. Dann hätte die Regierungskommission Material gehabt, das sie verwerten kann wie sie will. Es genügt die Zurückziehung der Vorlage allein nicht!

Der Herr Levacher sprach auch noch zum Fall Kennel. Man kann damit in Verbindung bringen, den Fall Dörffert, in natürlich anderem Rahmen, sowie die früheren geistigen Leiter all dieser Institutionen, Richert und Hector. In der ganzen Sache liegt System, und es hat mich in keiner Weise gewundert, daß diese annexionistische Korruption hier im Saargebiet in eklatanter, aber sehr blamabler Weise zum Ausbruch gekommen ist.

Aber darin kann ich meinem Herrn Vorredner nicht Recht geben, wenn er sagt, daß wir im Saargebiet von nationalistischer Hetze frei wären, und ich darf ihn daran erinnern, daß ich, als ich in Saarlouis war, 2 riesige Hakenkreuze aufgemalt sah.

(Zuruf Levacher: "Es gibt überall dumme Jungen!")

Wenn Sie das Urteil haben, stimme ich Ihnen zu. Es genügt nicht, daß wir diese Menschen als dumme Jungen bezeichnen, denn diese Leute sind eine Gefahr für das Saargebiet und ganz Deutschland. So ganz unschuldig sind wir in der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

Beziehung doch nicht, und was in Saarlouis passiert, passiert auch in Merzig. Sie wissen, daß diese Bewegung eine Hetze ist, die gegen besondere Teile der Bevölkerung geht.

(Zuruf Schmelzer: "Die Bewegung hat keinen Boden!")

Helfen Sie, Herr Schmelzer! Dies zum Fall Kennel-Dörffert.

Nun ein kurzes Wort zur Frage der Fremdenlegion. Ich bin in der Lage, wie Herr Levacher, eine Reihe Beschwerden von unglücklichen Eltern zu besitzen, deren meist minderjährige Söhne in die Fremdenlegion abgetrieben werden und im Wüstensande Afrikas den härtesten Strapazen mehrere Jahre ausgesetzt sind. Darüber kann kein Zweifel sein. Ich habe mich zunächst persönlich an die Regierungskommission gewandt, aber keine Antwort erhalten. Ich habe die Regierung erinnert und sie gebeten, mir eine endgültige Antwort zu erteilen, da die Eltern darauf drängen, daß ihre Söhne zurückgelangen. Die Regierung scheint nicht in der Lage zu sein, irgendeinen beträchtlichen Druck hinter die franz. Militärbehörde zu setzen. Ich habe sogar das Handgeld in Höhe von 500.-Frcs. in bar angeboten, doch blieben meine Bemühungen fruchtlos. Ich dürfte deshalb an das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herrn Koßmann, die Frage richten, ob er bereit ist, diesen armen Opfern des Militarismus zu helfen. Die Dingen liegen bei einer so merkwürdigen Konstitution wie die Fremdenlegion etwas tiefer. Wir sind uns klar, daß der kapitalistische Staat mit derartigen scheußlichen Mitteln dauernd gewillt ist, zu arbeiten.

Dann hat mein Herr Vorredner Stellung genommen zu der <u>Frage der indirekten Steuern.</u>

Es ist für die sozialdemokratische Fraktion eine Selbstverständlichkeit, daß wir als geborenen Gegner der indirekten Steuern eine ablehnende Stellung einnehmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auf die Revisionsmöglichkeit des Versailler Vertrages inbezug auf das Saargebiet lenken. Jetzt offenbart sich der ganze Hass als ein purer wirtschaftlicher und politischer Unsinn. Es wäre möglich, in eine Revision des Versailler Vertrages einzutreten, damit die Lage hier erleichtert wird. Drastisch ist die Art und Weise, wie eifersüchtig man darauf bedacht war, die vertragsmäßig festgelegte Räumung der Kölner Zone zum 10.Januar zu umgehen, während man zugleich das Inkrafttreten der Zollbestimmungen für das Saargebiet am 10.Januar haarscharf erfüllte. Es ist doch immerhin ein sehr merkwürdiger Zustand, daß man auf der einen Seite, wenn der Vorteil es erheischt, eine Lösung findet und auf der anderen Seite nicht und dem Saargebiet zu dienen nicht in der Lage ist. Ich bitte nun den Herrn Staatskommissar, nicht übersehen zu wollen, daß ich vorhin zu Anfang meiner Ausführungen über die Saarbanknote eine Anfrage an die Regierung gerichtet habe und bitte ergebenst um eine gebührende und bedenkenfreie und unzweideutige Antwort auf die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion.

(Bravo - Rufe!)

<u>Vorsitzender:</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim.

Staatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Jch wollte eigentlich verschiedene Fragen, die heute gestellt wurden, nach der Generaldebatte zusammen beantworten. Es hat aber Herr Dr.Sender der Saarwährung ein so ausführliches Referat gewidmet, daß ich es für notwendig halte, sofort eine Erklärung darüber abzugeben.

Meine Herren! Die Regierungskommission hat mich beauftragt, Jhnen zu sagen, daß sie sich voll und ganz der Bedeutung bewusst ist, die diese Frage für die Bevölkerung des Saargebietes und für die Wirtschaft hat. Sie verfolgt daher diese Angelegenheit mit außerordentlichem Jnteresse, unter dem vollen Bewusstsein

(unverständlicher Zuruf von Schmelzer)

ihrer Wichtigkeit. Dagegen ist die Regierungskommission bei dem Stande der Verhandlungen heute noch nicht in der Lage, eine Erklärung über diese Frage abzugeben.

(Dr.Sender: "Also Verhandlungen!")

heute noch nicht abzugeben.

(Dr.Sender: "Das nennt die Regierungskommission "eindeutig"!)

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Reinhard.

Reinhard (K.P.(: Meine Herren! Bekanntlich betrachten wir die politischen Ereignisse etwas von einem anderen Gesichtspunkte, als die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Wir können es wohl verstehen, wenn über einzelne Fragen manchmal auch in den bürgerlichen Parteien gewisse Bauchschmerzen entstehen und zwar in Fragen, die meistens ihren Ursprung haben im Kampf um die Futterkrippe. Wenn heute hier im Saargebiet die Lutherregierung regieren würde, die sich bemüht, in Deutschland wieder die Monarchie aufzurichten, ich glaube nicht, daß man dann viel Worte machen würde bei den bürgerlichen Parteien, die sich doch alle dort an diesen Bestrebungen beteiligen. Eins sei gesagt grundsätzlich zu der Frage, die hier angeschnitten wurde von dem ersten Redner, daß nun durch Vermittlung des Papstes der Landesrat beim Völkerbund vielleicht eher zu Gehör käme, wie es in der Vergangenheit der Fall war; dazu haben wir zu bemerken, daß nach unserer Auffassung nach wie vor die Dinge Machtfragen sind. Solange der Völkerbund ein Jnstitut der Ententestaaten ist, der lediglich die Aufgabe hat, einen Teil der Nationen in Schach zu halten, einen Teil der Nationen zu imperialistischen Zwecken der siegenden Staaten zu unterdrücken und uns zu einer Kolonie Frankreichs zu machen haben wir kein Vertrauen zu einem derartigen Jnstitut.

(Sehr gut! - Ulrich -)

Wir haben kein Vertrauen, daß ein derartiges Jnstitut uns jemals Erleichterungen für die Saararbeiter gewähren wird. Das zeigt sich immer wieder, und es hat sich in der Vergangenheit am besten bewiesen. Meine Herren! Wir bewundern

die

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A 4

die Hoffnung der bürgerlichen Parteien, die immer wieder alles auf diesen Völkerbund setzen und glauben, mitgrößeren Beschwerden über die Regierung an der Saar etwas erreichen zu können. Wir lehnen es ab, den Teufel bei seiner Großmutter zu verklagen. Wir wissen, daß das zwecklos ist. Wir kampfen auch nicht allein gegen Personen, gegen einzelne Personen der Regierungskommission. Wir wissen, wenn eine Person beseitigt ist, daß eine andere Person nachrückt, die es genau so gut versteht, die Arbeiterschaft niederzuknüppeln wie der Vorgänger. Wir kämpfen als Kommunisten gegen das gesamte System, und wir kämpfen in allererster Linie hier, national betrachtet, gegen die Annexion und gegen die Annexionsbestrebungen Frankreichs an der Saar.

(Sehr gut!)

die sich insbesondere bemerkbar machen in der wirtschaftlichen Abschnürung, wie sie ab 10.Januar in Kraft getreten ist. Man will allmählich durch diese Maßnahmen den Zeitpunkt erreichen, wo man sagt: "Vogel friss oder stirb!" Man will erreichen, daß die Saararbeiter sich gezwungen dem französischen Jmperialismus zu Füßen werfen. Dieser unser Standpunkt hat selbstverständlich aber auch nichts damit zu tun, daß wir den Jmperialismus einer anderen Nation, sei es die deutsche oder eine andere, irgendwie unterstützen. Wir würden diese genau so scharf bekämpfen, wie den Jmperialismus Frankreichs, aus dem einfachen Grunde, weil der Jmperialismus die Mutter aller Kriege ist und die Opfer aller Kriege die Arbeiter sind.

Nun zu der Zolleinschnürung selbst einige kurze Worte. Vieles ist ja schon gesagt worden. Am meisten gedrückt werden durch diese Zollmaßnahmen die Arbeiter, weil diese am meisten die Zollschranken passieren müssen. Ferner werden sie gedrückt durch die Verteuerung der Waren durch die Zolltarife. Der Großhandel wird es nach wie vor verstehen, die Lasten von sich abzuwälzen und den Verbrauchern aufzuhalsen. Aus diesem Grunde ist es unverständlich, daß heute sowohl die deutschen wie die französischen Unternehmer an der Saar allen Bestrebungen der Arbeiter, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, ein striktes "Nein" entgegensetzen und alle diese Bestrebungen mit den schärfsten Mitteln beantworten, die sie nun einmal in dem heutigen Klassenstaat der bürgerlichen Gesellschaft besitzen. Uns wundert es nicht, daß die Regierungskommission gemeinsam auf dieser Linie schon die Erhöhung der indirekten Steuern beschlossen hat. Aber aufwerfen müssen wir die Frage: Was geschieht eigentlich mit den ungeheueren Summen von Steuern, die heute aus dem Saarvolk herausgepresst werden? Wir haben z.B. ausgerechnet, daß heute schon an direkten Steuern die Arbeiter, d.h. die Arbeitnehmer, dreimal so viel zahlen, in Goldwerten ausgedrückt, wie vor dem Kriege. Wenn man hinzurechnet nun die dauernde Erhöhung der indirekten Steuern, so muss doch unbedingt die Frage aufgeworfen werden: Wohin mit diesen Geldern? Bekommen es die unteren Angestellten und Beamten, bekommen es die Arbeiter an der Saar, d.h. die Staatsarbeiter? Wir können bloß feststellen, daß überall Not und Elend in diesen Kreisen vorhanden ist, daß die Löhne entsprechend den Vorkriegslöhnen bedeutend tiefer stehen. Die Steuern 3 mal höher, die Löhne auf 2/3 der Friedenskraft gesunken. Also Regierung: Wohin gehen diese Gelder? Werden die Summen verwandt, um Spitzelgeschichten zu bezahlen? Um einen ungeheuren Beamtenapparat

zu

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

zu unterhalten, um den höheren Beamten Gehälter zu zahlen, wie in keinem Kulturstaat der Welt und in keinem kapitalistischen Staat. Es war doch kein anderer, wie der heutige Finanzminister, der die Feststellung gemacht hat, daß wir im Saargebiet doppelt soviel Beamte haben auf den Kopf der Bevölkerung, wie in jedem übrigen Kulturstaat. Die Zahl dieser Beamten wird dauernd und immer wieder vermehrt in Gestalt von Landjägern, die sich damit die Zeit vertreiben um die Passanten zu belästigen, um jeden Radfahrer zu protokollieren; die irgendwie eine Beschaftigung suchen, damit auf irgend eine Art und Weise Geld hereingebracht werden soll.

Ein dunkles Kapitel ist die Frage der kirchlichen Steuern. Hier bestehen zwei Gesetze im Saargebiete, die sich gegenseitig aufheben und zwar das Kirchenaustrittsgesetz vom Dezember 1918, das klar und unzweideutig den Dissidenten das Recht gibt, keine Kirchensteuern zu zahlen und sagt, die Dissidenten des Saargebietes sind von der Kirchensteuer befreit. Das Lohnsteuergesetz sagt dagegen, die Dissidenten müssen Kirchensteuern bezahlen. Wir als Laien können eine derartige Gesetzgebung absolut nicht verstehen. Jch bin aber auch der Auffassung, daß es auch dem Vertreter der Regierung sehr schwer sein wird, in diesem Falle zu erklären, wie die Dinge eigentlich liegen. Auf der einen Seite brauchen die Dissidenten keine Kirchensteuern zu bezahlen, auf der anderen Seite werden sie gesetzlich gezwungen, Kirchensteuern zu zahlen; sie werden ihnen vom Lohn abgezogen. Entweder ist das eine Gesetz ungültig, oder das andere ist ungültig. Aber man geht viel weiter. Meine Herren! Jch selbst bin ein Opfer dieser famosen Steuerpolitik geworden. Jch wurde bestraft, weil ich keine Kirchensteuern zahle laut Lohnsteuergesetz. Laut Kirchenaustrittsgesetz habe ich es nicht notwendig, Kirchensteuern zu bezahlen. Den Richter möchte ich mal sehen, vor den ich treten werde, auf Grund meiner Beschwerde, der mich bestrafen will, weil ich keine Kirchensteuern zahle. Das Lohnsteuergesetz sagt: alle Lohnsteuerpflichtigen zahlen Kirchensteuern, und wenn sie diese gezahlt haben, bekommen sie dieselben wieder erstattet. Aber wie sieht die Erstattung aus? Jch als Selbstzahler habe mir gesagt, der schnellste Weg ist der: ich brauche keine Kirchensteuern zu zahlen, wenn ich sie selbst einbehalte; die Finanzverwaltung sagt: Kirchensteuern müssen gezahlt werden, und dann kommen sie wieder und sagen, geben Sie mir die Kirchensteuern zurück. Also eine Gesetzgebung, die nach meiner Auffassung kaum irgend einem anderen Lande der Welt besteht. Ferner wird es für die Regierung interessant sein, zu hören, daß es Bürgermeistereiverwaltungen gibt, die bis zur Stunde noch keinen Centimes Kirchensteuern zurückbezahlt haben, trotzdem das Gesetz sagt, auf dem schnellsten Wege sind sie zu erstatten und das Gesetz 13 Monate praktisch in Anwendung ist. Die Leute werden gegen den Willen des Gesetzgebers, gegen den Willen des Kirchenaustrittsgesetzes gezwungen, Kirchensteuern zu zahlen zu einer Organisation, der sie nicht angehören. Und im Zusammenhange mit dieser Frage noch eins. Der Herr Levacher hat es bedauert, daß Frankreich die Vertretung der Botschaft beim Vatikan zurückgezogen hat.

(Levacher: "Das habe ich nicht gesagt, aber ich bedauere es trotzdem! -Lachen-.)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

Meine Herren! Wir bedauern das nicht und zwar aus folgenden Gründen: Die Rechte der französischen Kammer, der bloc national, der gekämpft hat für die Beibehaltung der Botschaft beim Papst, hat eine eigenartige Begründung dazu gehabt, indem sie erklärte: die Botschaft muss beibehalten werden schon allein wegen dem Saargebiet und zwar haben sie durchblicken lassen, daß es im Saargebiet eine starke katholische Bevölkerung gibt, die unter dem Einfluss der katholischen Geistlichkeit und unter dem Einfluss einer großen katholischen Partei steht, und sie müssten, da sie das Saargebiet annektieren wollten, diesen Kreisen Rechnung tragen und die Botschaft beim Papst bestehen lassen. Weil wir als Kommunisten aber die Annektion des Saargebietes nicht wollen, haben wir uns gefreut, daß die Botschaft aufgehoben wurde.

(Lachen - Bravo!)

Meine Herren! Ein anderes Kapitel an der Saar! Jch selbst hatte schon Gelegenheit, mit den Gefängnismauern des Saargebietes von innen Bekanntschaft zu machen. Meine Herren! Die Frage, die ich hier anschneiden will, betrifft alle Parteien und alle Herren des Hauses. Es ist ein Mitglied des Hauses, das der kommunistischen Partei angehört, wegen Pressevergehens zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

(Kiefer: "Welcher kommunistischen Partei gehört der Herr an?)
(Zuruf Schmelzer: "Der Partei der Strolche!"-Lachen-)

Das spielt keine Rolle, welcher Partei der Abgeordnete angehört, sondern die Tatsache besteht, daß ein Abgeordneter des Hauses zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, und es besteht die Voraussetzung, daß dieser Abgeordnete auch in das Gefängnis verbracht wird. Das ist ein Zustand, gegen den doch jedes Mitglied des Hauses protestieren muss, da alle Parteien bisher stets die Jmmunität gefordert haben. Und die Wähler haben die Abgeordneten nicht in das Haus geschickt, damit sie von der Regierung durch ihre Klassenjustiz in das Gefängnis geworfen werden. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß das Haus heute einen Antrag annimmt, der erneut verlangt die Jmmunität, der erneut verlangt den Strafaufschub in erster Linie des bestraften Abgeordneten, solange er Abgeordneter des Hauses ist, damit er in der Lage ist, sein Recht gegenüber den Wählern zu vertreten. Das gemeinste bei dieser Bestrafung ist, daß dieser Herr bestraft wurde, weil nun in einem Artikel einer Zeitung die Kirche eine Verdummungsanstalt genannt wird. Für dieses Wort wurde der Abgeordnete 3 Monate bestraft.

(Zuruf aus dem Zentrum: "Das ist nicht mehr wie recht!")

Meine Herren! Wer kann Sie daran hindern, daß es heute viele Menschen gibt, die nun einmal diese Ansicht hegen! Wer kann Sie daran hindern, daß heute die Wissenschaft in ihrer erdrückenden Mehrheit

(O h o !)

sagt, daß die Lehre der Kirche eine Jrrlehre ist!

(Levacher:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

(Levacher: "Nun halten Sie aber die Luft an!")

Das sind Tatsachen, die in dem heutigen Jahrhundert ein Klassenurteil darstellen, wie es schärfer nicht gefällt werden kann.

Wenn der Fall Rollin, Kennel, Adler usw. hier angeführt wurde, so haben wir auch dazu zu sagen, daß dieses ein Kapitel ist, das, solange das Saargebiet unter der holden Obhut des Völkerbundes steht, niemals geschlossen werden wird. Man wird immer wieder auf ähnlichen Wegen hier versuchen, so zu arbeiten. Wir wundernuns auch nicht, daß der Herr Rollin wieder auf seine Stelle zurückversetzt wurde, wo er früher einmal war: er war früher einmal ein strammer nationalliberaler kaiserlicher Postsekretär in Straßburg. Er hat gezeigt, daß er von der Monarchie gut gelernt hatte,und hat auch hier einen manchen ehrlichen Arbeiter ausgewiesen. Es zeigt sich, daß doch nicht immer die sogenannten vaterlandslosen Gesellen und Verräter aus den Reihen der linksstehenden Parteien entstehen, wie man so gern immer wieder behauptet, sondern, daß diese Elemente sich sehr oft in rechtsstehenden Kreisen entwickeln.

(Levacher: "Damals gab es noch keine Kommunisten!")
(- Lachen -)

Die Einführung der neuen Währung ist nach unserer Meinung nichts anderes, als der Versuch, die Jnflation in Frankreich hinauszuschieben. Sie wird genau so, wie sie praktisch in der Vergangenheit in Deutschland durchgeführt wurde, nun auch in Frankreich auf Kosten der Arbeiterschaft übernommen, ganz besonders auf Kosten der Saararbeiterschaft übernommen. Wenn die besitzenden Klassen das Geld, das sie selbst ruiniert haben, durch jahrelange Kriege, wenn sie das Geld wieder stabilisieren wollen, dann werden die Löhne gedrückt, es wird das Lebensniveau der unteren Klassen herabgedrückt, es wird mit allen Mitteln, ganz gleich in welcher Art, versucht, die kapitalistischen Jnteressen zu wahren. Wenn man da auf den Gedanken kam, im Saargebiet die Noten einzuziehen, die im anderen Falle von der Bank Frankreichs erneut in Umlauf gesetzt werden müssten, so ist das ein ganz schöner Gedanke dieser Leute, die diesen Gedanken entworfen haben. Aber wir als Vertreter der Arbeiter an der Saar werden diesen Plänen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Auch wir haben in diesem Hause den schärfsten Protest erhoben, als man die französische Frankenwährung zum Gesetz erhoben hat. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach wie vor die deutsche Mark, und zwar die deutsche Goldmark, hier im Saargebiet gesetzliche Währung ist. Dies ist sogar in dem Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich verankert.

Nun, meine Herren, hätte ich noch eine besondere Frage. Bei dieser ganz besonderen Frage, Herr Levacher, werde ich auch Jhnen auf Jhren Zwischenruf von eben Antwort geben. Der Herr Dr.Sender hat in Saarlouis große Hakenkreuze festgestellt,

(Dr.Sender machte eine Bewegung mit der Hand und zeigte: so groß!)

während wir als kommunistische Fraktion auf Grund von Bänden

von

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

von Beschwerden eines Teiles von Saarlouis, von dem Ortsteil Roden, festgestellt haben, daß das Saarlouiser Zentrum heute noch auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts steht

(Hört! hört!)

und zwar folgende Tatsache, meine Herren: Jm Saargebiet ist das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt. Das Zentrum in der Stadt Saarlouis kümmert sich darum den Teufel. Vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts hatten wir bekanntlich das Dreiklassenwahlrecht, und bei Bestehen des Dreiklassenwahlrechts wurde der Eingemeindevertrag abgeschlossen. Auf Grund der damaligen Einteilung in Klassen hat man dem Stadtteil Roden 12 Abgeordnete im Stadtrat zugebilligt. Heute liegen die Dinge anders. Der Stadtteil Roden zahlt mehr Steuern wie Saarlouis. Der gesamte Stadtteil Roden hat nicht einen einzigen Vertreter im Stadtrat Saarlouis aufgrund des Verhaltens der Zentrumsfraktion Saarlouis.

(Zuruf Levacher: "Durch Beschluss der Regierungs-Kommission!")

Es war zuerst das allgemeine Wahlrecht vorgesehen. Auf die Beschwerde der Zentrumsfraktion dagegen hat man die Sache geändert. Das ist ein Zustand, den Sie (zum Zentrum) als Partei, die auf dem Boden der Demokratie steht, absolut verdammen müssen.

(Zuruf Dr.Sender: "Die haben von Euch gelernt!")

Jch richte an die Regierung die Forderung, dem Gesetz, das nun einmal besteht, auch volle Kraft zu geben. Die Frage der Stadt Saarlouis ist ein Zustand, der geschaffen wurde aufgrund des Dreiklassenwahlsystems. Die Regierungskommission hat nach dem Versailler Vertrag die Aufgabe, für das Wohl und Wehe der Saararbeiter zu sorgen.

(Zuruf Levacher: "Für das Wehe sorgt sie schon!")

Jch stelle fest, daß die Arbeiter, die in Lothringen beschäftigt sind, als Arbeiter 2. Klasse behandelt werden. Als in Völklingen ein Streik ausbrach, der etwas politische Reibungen verursachte, war es der Regierungskommission möglich, Völklinger Arbeiter in Lothringer Kohlengruben unterzubringen. Aber bis zur Stunde ist es der Regierung nicht möglich, den Leuten die gleichen Pensionen zu geben. Als vor 2 Jahren gestreikt wurde, da war es der Regierung, als man sie als Vermittlerin anrief, nicht möglich, Verbindung herzustellen; da sagte sie, wir haben keine Verbindung. Wir haben aber jetzt gesehen, daß sie sehr gute Verbindungen hat und erwarten, daß sie endlich offiziell bei der französischen Regierung auf diesen Uebelstand betr. der Pensionen hinwirkt. Die Verhältnisse betr. Lohn- und Arbeitsbedingungen sind genau so schlecht. Es sind nicht allein die Arbeiter, die am zusammenbrechen sind, sondern es jammern auch schon diejenigen, die von den Löhnen der Arbeiter leben müssen, also ein großer Teil des Mittelstandes. Die Regierung muss doch endlich sehen, daß hier etwas faul ist und daß die Dinge nicht so weiter gehen können. Was hat man bis jetzt getan ? Die Gehälter der oberen Beamten sind bis ins Unendliche erhöht worden. Den Gemeinden hat man verboten, die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 1

Gehälter der unteren Beamten entsprechend zu erhöhen, weil man es mit den Staatsbeamten genau so gemacht hat! Wenn die Dinge so weitergehen, braucht man sich nicht zu wundern, daß im Saargebiet eines Tages alle Räder still stehen. Die Arbeiterschaft wird sich diese Dinge nicht weiter gefallen lassen; sie wird über Nacht den Karren in die Ecke stellen und den Pflug an die Wand lehnen und ihre gerechte Forderung verlangen. Wir verlangen, ehe neue Landjäger eingestellt werden, daß die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten entsprechend ihrem Existenzminimum entlohnt werden.

Es wurde heute die Sozialversicherung angeschnitten. Wir haben das Gesetz betr. Festsetzung der Altersgrenze für die staatlichen Beamten des Saargebietes zu beraten. Es ist uns mitgeteilt worden, daß eine Schullehrerin ca.13000.- Frcs. an Pension jährlich bezieht. Geben Sie der Arbeiterschaft soviel Pension, das ist besser als wenn wir uns dahinstellen und bedauern dies und jenes.

Zu der Frage der Aufwertung! Meine Herren! Wir wundern uns, daß die bürgerlichen Parteien so laut schreien über die Aufwertung. Jch bin der Auffassung, daß sich dieselben Parteien zusammensetzen, die den Krieg gewollt haben, und zeigen, wie die Aufwertung vonstatten gehen kann. Diese haben ja auch 1914 die Jnflation geschaffen. Uns wirft man vor, wir wollten dem Bauer sein Land und dem Mittelständler sein Häuschen stehlen. Das sind Agitationsmätzchen. Wer hat den Arbeitern das Geld gestohlen? Nur diejenigen, die die Kriegskredite geschaffen haben und die, welche von der Kanzel gesagt haben, bringen deine 20.-Markstücke und gebe sie dem Vaterland, sonst kommst du nicht in den Himmel.

(Zuruf Levacher: "Wie ist es in Russland?")

Jch lade Sie ein, mit nach Russland zu fahren, damit Sie selbst sehen können ..... (durch Unruhe ist der Satz unverständlich) Der Präsident hat schon nach der Schelle gegriffen und wollte mich zur Ordnung rufen.

Meine Herren! Jch muss zur Frage der Fremdenlegion noch einige Worte sagen. Weshalb gehen diese Leute zur Fremdenlegion? Einmal, weil ihnen die Lebensmöglichkeit hier genommen ist und zum anderen, weil sie eben da ist als Anhängsel des französischen Militarismus. Deutschland hat auch eine Fremdenlegion gehabt, wenn ich es so nennen kann, als es noch Kolonien hatte. Die jungen Leute sind die Opfer. Wir als Kommunisten wissen, daß die Fremdenlegion solange da sein wird, als die einzelnen Staaten auf Betreiben der Jmperialisten darauf aus sind, die anderen niederzuschlagen. Wenn Jhnen das so schrecklich ist, daß der eine oder der andere zur Fremdenlegion geht, dann muss es Jhnen auch schrecklich erscheinen, daß der Militarismus, der heute mehr denn je an seiner technischen Vervollkommnung arbeitet, nur dafür da ist, die Erdoberfläche zu einer Wüste zu gestalten. Aber da Sie auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung stehen, müssen Sie auch Jhre eigenen Unterdrückungsmaßnahmen anerkennen. Wir sind Gegener dieser Gesellschaftsordnung. Wir erkennen diese Unterdrückungsmaßnahmen nicht an und kämpfen für Beseitigung dieser Gesellschaftsordnung. Wir hoffen nicht wie Sie, auf eine Abstimmung, sondern, daß eine andere Gesellschaftsordnung kommt. Diese Gesellschaftsordnung wird

<u>die</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

die Vereinigung der Völker bringen und zwar auf dem Boden der Diktatur der Arbeiterklasse.

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Levacher!

Levacher (Z.): Es war mir bekannt, daß diese Anspiegelung der Rodener Geschichte käme. Bekanntlich ist die Kommunistische Bewegung in Roden rückläufig geworden und die Zentrumsbewegung vormarschiert. Man versucht, daß die Rodener mehr Beteiligung haben sollen, als ihnen zusteht und die Kommunisten mehr Agitationsmaterial haben müssen um in Roden Stimmung zu machen und aus dieser Sache Kapital zu schlagen. Ich stelle fest, daß sie kapitalistischer sind als wir.

(Lachen.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Schmelzer!

Schmelzer (D.S.V.): Meine Herren! Die sozialdemokratische Fraktion hat in der letzten Sitzung angeregt, daß wir an Branting ein Begrüßungstelegramm richten sollen. Heute hat die Zentrumspartei ihren Dank dem Papst ausgesprochen, dafür, daß er als erster Souverän die Vertreter des Landesrates würdig empfangen habe. Ich schließe mich für meine Fraktion diesem Dank an den Papst an.

(Bravo!)

Ich möchte nur wünschen, daß in den Staaten, in denen angeblich Demokratie herrscht, die Staatsmänner sich vom Papste nicht beschämen lassen.

(Bravo!)

Meine Herren! Die Vorredner, die ja besser dran sind wie ich, sie behandeln die Themen vorher. Ich kann gewöhnlich nur auf das eingehen, was sie bereits vorher gesagt haben. Ich bin in einer schwierigen Situation. Sie haben mancherlei Punkte berührt, die ich naturgemäß nur unterstreichen kann, zum Teil in etwas anderer Beleuchtung. Die Vorredner haben sich zunächst mit der Fremdenlegion befasst. Auch uns gehen derartige Beschwerden tagtäglich zu über die Verschleppung Minderjähriger und Leichtsinniger in die Fremdenlegion, und es hat uns bis jetzt nur der Nachweis dafür gefehlt, daß im Saargebiet selbst geworben wird und zwar zum Teil ganz schamlos geworben wird, unter vielleicht stillschweigender, ich sage "vielleicht stillschweigender", Zustimmung der Regierungskommission. Der Beweis ist jetzt erbracht, daß die französische Militärbehörde offen für die Fremdenlegion wirbt und zwar durch den Schein, den der Abgeordnete Levacher erwähnt hat und der in unserer Hand ist. Ich gebe ebenfalls unserer Hoffnung Ausdruck, daß der Vertreter der Justiz bei der Regierungskommission wissen wird, was er in diesem Falle zu tun hat. Ich stimme auch mit Herrn Dr.Sender überein, daß er ein ernstes Wort gerichtet hat an

das

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herrn Koßmann, um hier endlich nach dem Rechten zu sehen. Es ist seine unbedingte Pflicht, jetzt endlich zu den Dingen nicht mehr zu schweigen, die ihm genugsam bekannt sind durch zahlreiche Eltern derartiger bedauernswerten Kinder. Wenn sich Herr Koßmann bis jetzt immer durchgewunden hat mit Redensarten, so geht das nicht länger mehr an.

(Schelle des Präsidenten.)

Ich werde schon von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen!

(Präsident Scheuer: "Ich möchte bitten, derartige Wendungen wie "Redensarten" doch zu unterlassen.)

Ich bedauere sehr, daß ich dieser Anregung nicht folgen kann. Tatsächlich ist es so gewesen, daß er bisher nur allgemeine Redensarten gemacht hat. Wenn Sie, Herr Präsident, in der Lage sind, mir zu sagen, wann und wo etwas Tatsächliches geschehen ist, dann würde ich für diese Aufklärung dankbar sein.

(Präsident Scheuer: "Das ist nicht meine Aufgabe, Herr Abgeordneter, das ist die Ihrige, das nachzuprüfen!)"

Dann bleibe ich also bei meiner Behauptung, daß Minister Koßmann bis jetzt nur allgemeine Redensarten gemacht hat. Ich hätte nur noch gewünscht von Herrn Dr. Sender, daß er darauf hingewiesen hätte, daß diejenigen, die für die Fremdenlegion verantwortlich sind, auch jetzt noch vorgehen in der Weise, wie es geschieht, trotz der vielgerühmten Regierung des Herrn Herriot, die doch dann auch einen erheblichen Schönheitsfehler aufzuweisen hat, so lange diese menschenunwürdigen Zustände in Frankreich bestehen. Ich bedauere das außerordentlich, daß Herr Dr. Sender nicht darauf eingegangen ist.

(Betz: "Das sagen Sie doch noch!")

Sie haben ja sonst manches von ihm geschildert.

(Es entsteht eine Unruhe dadurch, daß verschiedene Abgeordnete zu gleicher Zeit Zwischenrufe machen.)

(Präsident Scheuer: "Ich bitte dringend, den Redner nicht zu unterbrechen.")

(Betz: "Dann darf er aber auch nicht provozieren.")

(Reinhard: "Wenn Schmelzer in Frankreich wäre, wäre er der beste Freund von Poincaré!)"

Herr Levacher hat auch darauf hingewiesen, daß die Regierung nach einer Wolffmeldung bereits mit dem französischen Staat Verträge abgeschlossen hat. Verträge, die die Umsatzsteuer betreffen und ähnliche Dinge, Dinge, über die wir augenblicklich in den Kommissionen zu beraten hätten, Dinge, die Gesetze verlangen. Zu diesen Gesetzen müssen wir ja nach dem Vertrag von Versailles gehört werden. Es war uns bis jetzt immer sehr schwierig, in Genf nachzuweisen, daß die Regierung in dieser Weise vorgeht. Nach dieser Wolffmeldung -sie entspricht ja wahrscheinlich den Tatsachen- wird es uns

LTA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

uns nunmehr leicht sein, darauf hinzuweisen, daß die Regierungskommission nach wie vor die Anhörung der Vertreter der Bevölkerung und damit eine Erfüllung des Vertrages von Versailles als eine Farce ansieht. Der Beweis wird jetzt nicht mehr widerlegt werden können, und wir werden an geeigneter Stelle zu geeigneter Zeit davon Gebrauch machen!

(Sehr richtig!)

Nun sind die Vorredner eingegangen auf die Skandalaffären, die die Polizei betreffen, und der Herr Dr. Sender hat den Fall Dörffert erwähnt, und da hat er ganz richtig den Herrn Dörffert bezeichnet als ein ganz kleines Männchen, das für das, was er getan hat, eigentlich nicht voll verantwortlich ist. Denn die wirklichen Verantwortlichen wurden in diesem Prozess gegen Dörffert nur genannt von dem Verteidiger Dörfferts oder den Angehörigen. Die wirklichen Verantwortlichen sitzen bei der Regierungskommission. Und das Verwerfliche an der ganzen Sache ist nicht etwa die Tat Dörfferts, sondern das Verwerfliche ist das System, das einen derartigen Mann an die Stelle gebracht hat, an der er gewirkt hat. Mit der Verurteilung Dörfferts darf deshalb die Angelegenheit noch nicht erledigt sein, und es wird über diesen Fall Dörffert und über das ganze System der Zusammensetzung der Beamtenschaft seit dem Eintreffen der Regierung kommission im Saargebiet noch sehr viel zu sprechen sein. Zunächst wird darüber zu sagen sein, daß eine Anzahl von Beamten der Polizei eben durch diesen Dörffert, der durch das Gerichtsurteil ja genügend gekennzeichnet ist, um ihre Stelle gebracht wurden, und daß wir uns nicht beruhigen können, daß es so bleibt. Die Beamten wurden zum größten Teil aus ihren Stellungen entfernt, weil man ihnen den Vorwurf deutscher Gesinnung gemacht hat.

(Hört! hört!)

Ich habe hier einen Brief eines Beamten, der sich beschwert über seine Entlassung und der angibt, er sei lediglich deshalb entlassen worden, weil er aus seiner deutschen Gesinnung kein Hehl gemacht habe. Auf diese Weise ist ja auch dieser kleine Mann Dörffert in sein Amt gekommen. Nicht etwa wegen seiner Fähigkeiten, die er entwickelt hätte, auf polizeilichen oder auf anderen Gebieten, sondern weil er es verstanden hat, eine Gesinnung vorzutäuschen, die er in Wirklichkeit ebenfalls nicht hatte. Er hatte weder deutsche, noch französische Gesinnung, er hatte gar keine Gesinnung. Das ist einer von den vielen Leuten im Saargebiet, von denen man behaupten kann, daß, wenn einmal ein Negervolk hier herrschen würde, sie sich schwarz anstreichen und einen Ring durch die Nase ziehen würden.

(Sehr richtig! -Große Heiterkeit und Lachen-.)

Derartige Kreaturen sind noch viele hier im Saargebiet unter der Beamtenschaft. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis all das wieder gutgemacht ist, was unter dem Zepter Dörfferts an den deutschen Beamten gesündigt wurde. Es muss einmal offen ausgesprochen werden, daß es im Saargebiet kein Verbrechen ist, deutsche Gesinnung zu zeigen. Dabei bleiben wir stehen.

(Bravo!)

Nun

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Nun ein Wort zu der Kennel-Affäre. Der Herr Levacher hat ja schon darauf hingewiesen, daß der Herr Präsident Rault in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf ausgeführt hat, daß diese Geheimorganisationen im Saargebiet beständen, trotzdem es die politischen Parteien leugnen. Er bezieht sich auch auf die Berichte des Generalstaatsanwalts und hat auch an anderer Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß daraus die Notverordnung resultiert. Es hat sich ja jetzt wohl herausgestellt, daß diese Behauptungen zum mindesten auf falschen Voraussetzungen basieren. Die Enthüllungen über den Spitzel Kennel sind in der Saarbrücker Zeitung erstmalig ungefähr am 8.Dezember erschienen. Wir haben in der vorigen Sitzung über diese Dinge nicht gesprochen und zwar mit Absicht nicht gesprochen, denn wir wollten der Regierung Zeit geben, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Sie hat bis heute keine Stellung dazu genommen, wenn man davon absieht, daß uns der Herr Rault inoffiziell durch jemand, den ich vorerst nicht nennen möchte, in Aussicht gestellt hat, daß die Rechte des Landesrates erweitert würden. Wir haben damals schon gefragt, ob das etwa der Preis dafür sein solle, daß wir zu dieser ganzen Kennel-Affäre in der Folgezeit schwiegen. Etwas anderes habe ich seit der Zeit nicht gehört, keiner von Ihnen; es ist nichts geschehen. Vor allen Dingen ist aber nichts geschehen von seiten der Justiz. Die Dinge, die vorgekommen sind, die der Spitzel Kennel enthüllt hat, behandeln doch zum Teil Amtsverbrechen, die sehr schwer bestraft werden nach dem saarländischen Gesetz, wie Herr Levacher richtig gesagt hat. Und vor allen Dingen möchte ich hinweisen auf den § 344 des Strafgesetzbuches:

> " Ein Beamter, welcher vorsätzlich zum Nachteile einer Person, deren Unschuld ihm bekannt ist, die Eröffnung oder Fortsetzung einer Untersuchung beantragt oder beschließt, wird mit Zuchthaus bestraft. "

(Hört, hört!)

Dann der § 357; es kommen noch einige andere, die ich nicht erwähnen möchte. Der § 357 sagt:

> " Ein Amtsvorgesetzter, welcher seine Untergebenen zu einer strafbaren Handlung im Amte vorsätzlich verleitet, hat die auf diese strafbare Handlung angedrohte Strafe verwirkt. "

Dass Urkundenfälschung vorgekommen ist, hat der Herr Levacher schon erwähnt. Es sind eine ganze Reihe unserer Strafgesetze verletzt worden. Nichts ist geschehen; weder ist der Staatsanwalt angewiesen worden, gerichtlich vorzugehen - -

(Zuruf Dr.Sender: "Das muss er von sich aus tun!)"

ich möchte das bezweifeln; ich kann Ihnen da nicht folgen, ich bin kein Jurist. Ich kann mir aber denken, daß der Staatsanwalt in dem Falle eine Anweisung braucht von der Regierung. Wenn der Staatsanwalt das von sich aus tun muss, oder wenn er es nicht getan hat, dann hätte zum mindesten die Regierung Veranlassung nehmen müssen, den Staatsanwalt darauf hinzuweisen, was er zu tun hat. Es lag und liegt noch bei der Schwere der Vergehen Fluchtverdacht vor, da die Personen, die es angeht, die französische Staatsangehörigkeit besitzen. Es ist nichts geschehen. Die Regierung schweigt

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 1

schweigt sich aus, es sei denn, daß der Herr Staatskommissar noch etwas erzählt. Es wird behauptet, daß Rollin, trotzdem er entlassen ist, noch hier sich aufhält und bei der Bergwerksdirektion beschäftigt ist. Es geht das Gerücht, daß dieser Rollin nach seiner Entlassung im Neuen Landgericht seine Akten sorgfältig sortiert und am 23. Januar morgens um 1/2 10 Uhr im Hofe des Neuen Landgerichts einen Haufen Papiere verbrannt hat, die bestimmt keine Straßenbahnbillets oder alte Zeitungen waren.

(Hört, hört!)

Gegen alle anderen Beteiligten ist bis jetzt noch nichts geschehen. Der Herr Staatskommissar wird vielleicht sagen, "die Regierung hat eigentlich mit diesen Dingen nichts zu tun, sie ist selbst empört darüber; Rollin ist entlassen und damit könnte man die Geschichte abtun."

Nun bin ich im Besitze eines Briefes, der noch nicht veröffentlicht wurde. Der Brief ist sehr interessant und lautet wie folgt:

" Datum 2. 8. 23.

Werter Herr Kennel!

Am Tage nach meiner Rückkehr erhielt ich Ihre Nachricht. Ich war ganz erstaunt, daß die Angelegenheit in Bonn noch nicht geklappt hatte. Aber die Militärs nehmen sich Zeit. Ich habe dem Kommissar in Bonn geschrieben, er möge sich erkundigen, ob Ihre Einstellung erfolgt oder nicht und mir sofort Bescheid geben. Die Antwort konnte bis heute noch nicht hier sein. Aber es wird schon gehen müssen, wo so viele Stellen frei sind im Rheinland. Hier ist Amnestieerlass vorhanden, jedoch nach dem deutschen Gesetz können nur die rechtskräftig erkannten Strafen erlassen werden. Die Angelegenheit geht ihren Gang, Urteil wird gefällt werden und sofort amnestiert. Dann steht Ihrer Rückkehr nichts mehr im Wege. Vorher könnte dieselbe den Richter etwas stutzig machen. Nach den Ferien wird alles erledigt werden. Herr Direktor und Präsident sind in Urlaub; ich werde anregen, daß Ihnen nach deren Rückkehr eine entsprechende Gratifikation gegeben wird. Soweit es in meinem Kräften stand, habe ich Ihrer Frau Gemahlin das Nötige gegeben.

Also guten Mutes, bewahren Sie Ihre Nerven. Wenn Sie etwas nötig haben, teilen Sie es mir in offenherziger Weise mit.

Beste Grüße
Ihr Rollin. "

Nun ist die Sache so, daß irgend jemand ein Verbrechen im Saargebiet begangen hat, das nicht verfolgt wird. Die Regierung wird erklären, "wir haben nichts mit der Sache zu tun". Wenn das der Fall ist, daß der Präsident nichts damit zu tun hat, dann ist dieser Brief eine Verleumdung des Präsidenten der Regierungskommission.

(Zurufe: "Sehr richtig!")

<u>Man</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Man darf annehmen, daß der Präsident, welchem wir eine Photographie des Briefes zustellen, einen Haftbefehl gegen Rollin erlassen wird. Ist das nicht der Fall; dann nehme ich an, daß sich die übrigen Mitglieder der Regierungskommission mit der Angelegenheit befassen. Es kann nicht damit abgetan sein, daß das kleine Männchen Rollin seine Entlassung erhalten hat. Das ist ein Skandal, der zum Himmel stinkt, denn mit diesen Dingen sollte uns eine Notverordnung aufgehalst werden. Es wurde versucht, Unruhe in die Bevölkerung hineinzutragen. Wer die Unruhestifter im Saargebiet sind, die politischen Parteien oder andere Leute, wird sich hier zeigen. In diesem Zusammenhang möchte ich das saarländische Mitglied der Regierungskommission ermahnen, sich seiner Pflicht zu erinnern. Wir werden nicht ruhig sein, sondern uns dort hinwenden, wo wir Hilfe erhoffen.

(Zurufe: "Sehr richtig!")

Auch die deutsche Regierung wird die Angelegenheit interessieren als vertragschließende Partei, ob die Treuhänderschaft wirklich ausgeübt wird oder nur zum Schein. Sie wird auch mit einer Note an den Völkerbundsrat herantreten.

Herr Dr.Sender hat erwähnt, daß es nicht ganz ohne sei mit diesen nationalistischen Geheimbünden. Er hätte in Saarlouis Hakenkreuze gesehen.

(Zuruf Dr.Sender: "Hier auch! Es ist System in der Sache!")

Vielleicht erinnert sich Herr Dr.Sender an die Sache, die sich seinerzeit im Kaffee Kiefer abgespielt hat. Damals hat die Regierung von nationalistischen Geheimbünden gesprochen, die nicht bestanden und als Vorwand dienten. Ich frage, ob Herr Dr.Sender nicht auf den Gedanken gekommen ist, daß es leicht möglich sein kann, daß diese Hakenkreuze von irgend solcher Stelle abgebracht worden sind.

(Zuruf Dr.Sender: "Auch die Anpöbelungen?")

Dann müssen Sie mit mehr Material kommen.

Ich komme nun zu der Währungsangelegenheit, die ja eigentlich genügend behandelt worden ist. Es ist eigentümlich, daß der französische Finanzminister im Saargebiet mehr Geld schaffen will, als das Saargebiet braucht. Vorhin wurde mir von einem der Herren hier eine Nummer des "Matin" zugestellt, aus der zu entnehmen ist, daß der Notenumlaufam 2.Januar 1925 40 885 000.- Franken rund betragen hat. Nun ist die Bank von Frankreich autorisiert,bis zu einem Notenumlauf von 41 Millionen zu gehen. Es fehlen also noch einige Summen. Nach Nachrichten, die mir aus Bankkreisen zugegangen sind, beträgt der Notenumlauf im Saargebiet ungefähr 200 Millionen Franken. Der französische Finanzminister verlangt aber 450 Millionen und noch 50 Millionen für Madagaskar. Er muss,um einigen Spielraum zu erhalten, mindestens die halbe Milliarde voll bekommen und deshalb soll die Ersatzwährung eingeführt werden. Ich hätte gerne vom Herrn Staatskommissar eine andere Erklärung als die Feld-Wald-Wiesen-Erklärung aller Staatsmänner gehört, die würde prüfen und ihr Augenmerk darauf

<u>richten</u>,

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

richten, daß die Dinge zum Besten der Bevölkerung ausschlagen werden. Was geschieht in der Zwischenzeit? In dieser Zwischenzeit geschieht etwas, was für das Wirtschaftsleben des Saargebietes außerordentlich unerwünscht wäre. Die Befürchtungen sind in der Bevölkerung schon so groß, daß die Folge sein wird, daß zahlreiche Leute ihre Einlagen bei den Sparkassen zurückziehen. Die Regierungskommission hätte beruhigend auf die Bevölkerung wirken müssen, indem sie dem französischen Finanzminister erklärt, daß es ausgeschlossen sei, daß die Mehrheit der Regierungskommission damit einverstanden sein kann; aber nicht eine Feld-Wald-Wiesen-Erklärung, die der Herr Staatskommissar gegeben hat; dafür kann er auch nicht verantwortlich gemacht werden, sondern seine Auftraggeber.

Herr Dr.Sender hat die Währungsfrage eingehend behandelt. Er hat u.a. sehr richtig gesagt, daß jedes neue Risiko auf die Ware geschlagen wird.

(Zuruf Dr.Sender: "Darauf habe ich gewartet!")

Ich wollte, er hätte hinzugefügt, sofern das möglich ist. Er weiß das aus seinem Beruf, daß der Umstand eintreten kann, wo die Grenze erreicht ist. Ich freue mich, feststellen zu können, daß kein Redner diese Ersatzwährung gutgeheißen hat, selbst die Kommunisten lehnen sie ab.

Wir machen uns den Antrag des Zentrums zu eigen, der jetzt schon diese Währung verwirft und der die Einführung der deutschen Mark fordert. Wenn wir im Landesrat befragt werden, können wir die Ablehnung sehr leicht begründen. Wir nehmen die Begründung der Regierungskommission, mit welcher sie die Einführung des französischen Franken begründete und lesen anstatt "Franken" - "Mark" und dann wird alles zutreffen. Ich glaube, daß wir dann eine Einmütigkeit von Herrn Röchling bis Herrn Heckler erzielen.

(Zuruf: "Der gehört wohl zu den Strolchen!")

(Lachen!)

Ueber die Zollabschnürung ist von Herrn Levacher sehr viel gesagt worden. Nach dem Versailler Vertrag ist die Amtssprache deutsch und es wäre jetzt an der Zeit, daß sich die französischen Zollbeamten der deutschen Sprache bedienen. Etwas möchte ich noch erwähnen, wie sich die Zollabschnürung kulturell auswirkt. Ich habe erfahren, daß bei Einführung eines Films ein Zoll von 1200.-Franken erhoben wurde. Sie wissen, daß der Film nicht unentbehrlich ist. Immer mehr kommt französischer Schund herein und Filme für französische Propaganda. Das würde der Regierungskommission so passen, daß die deutsche Kultur dem Saargebiet ferngehalten wird.

Betr. der Katastrophe in Dillingen möchte ich mich den Worten der Herren Levacher und Dr.Sender anschließen. Das ist eine allgemeine menschliche Angelegenheit, bei welcher die Parteiunterschiede verschwinden. Ich hätte noch etwas zu erwähnen, und dem werden Sie sich auch anschließen, daß der Herr Staatskommissar bei der Regierung vorstellig wird, daß eine Untersuchung angeordnet wird, ob die Sicherheitsmaßnahmen erfüllt waren. Genau wie in Oppau seinerzeit eine Untersuchung stattgefunden hat, ist diese im Saargebiet besonders nötig,

<u>das</u>

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4

das zeigen die Erfahrungen im Bergbau. Sie klagen ja selbst darüber, daß in den Bergwerken Raubbau getrieben wird, daß die nötigen Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen werden. Und wir haben ja von diesem Raubbau gerade in den letzten Tagen erfahren, daß sich die Außerachtlassung der Sicherheitsmaßnahmen nicht nur erstreckt auf die Gruben selbst, sondern auch auf das, was über Tage ist. Wir haben durch eine Eingabe der Zentrumspartei gehört, daß durch die Beseitigung der Sicherheitspfeiler die Kirche in Püttlingen außerordentlich gefährdet sei. Ich kann sagen, und wir machen das auch zum Gegenstand einer Eingabe, daß dasselbe auch in Schnappach bei der evangelischen Kirche der Fall ist; diese Kirche musste geschlossen werden, um nicht Menschenleben zu gefährden. Es ist bedenklich, daß die Regierungskommission keine Veranlassung nimmt, die Bergwerksverwaltung auf das Unzulässige dieses Verfahrens des Abbaues dieser Sicherheitspfeiler aufmerksam zu machen.

(Zuruf: "Die Verhandlungen schweben noch!" -Lachen-)

Das ist die übliche Wald-,Feld- und Wiesen-Antwort: "Die Verhandlungen schweben noch, sie werden eingehend geprüft!" Damit kann man aber nichts anfangen. Es gibt im Saargebiet einen Oberberghauptmann. Und man hat bisher von seiten der Regierungskommission wohl Bedacht darauf genommen, daß dieser Herr nicht unbequem wird. Daß dies ausgerechnet ein Franzose ist, bürgt nicht dafür, daß alles das getan wird, was im Interesse der Bergarbeiter verlangt werden kann.

(Zuruf: "Er ist ein Franzose!")

Die Beamtengehälter wurden von uns wiederholt in diesem Hause erwähnt. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß an den Beamtengehältern nicht nur die Beamten selbst interessiert sind, sondern die gesamte Wirtschaft. Ich habe das wiederholt hier ausgeführt, lang und breit eingehend begründet. Die Regierungskommission hat dazu geschwiegen. Herr Levacher hat schon gesagt, daß die Beamten dazu übergegangen sind, ihre Recht einzuklagen. Und die Regierungskommission lehnt diese Beamten, ihre eigenen Richter, als befangen ab. Das setzt doch dem Ganzen die Krone auf. Ich stimme auch mit Herrn Levacher überein, was er über die Besoldung der Referendare sagte. Wir haben vorhin schon die Spitzelangelegenheit besprochen und in dem erwähnten Brief ist ja auch davon die Rede, daß der Spitzel Kennel eine namhafte Belohnung bekommen hat, die noch weitergegeben werden soll. Es soll außerdem eine Firma, bei der er beteiligt war, eine Schuld von 30000 Franken in Frankreich gemacht haben. Die Gläubiger aus Frankreich sind an diese bankrotte Firma nicht herangetreten. Also, es ist offenbar so, daß das Geld von einer anderen Seite bezahlt worden ist, denn ich kann mir nicht denken, daß eine Firma in Frankreich auf das Geld verzichtet. Wenn man alle diese Summen und die netten Summen von Viligantengeldern und die Spesen von diesem und jenem zusammenrechnet, dann kommt eine stattliche Summe heraus. Und das, was für die Referendare verlangt wird, was vorhin Herr Levacher angeschnitten hat, ist so lächerlich gering im Vergleich zu diesen Summen, daß man nicht weiß, wie die Regierungskommission das begründen will. Wir haben zwar schon oft eine Begründung gehört: Die Sache wird geprüft und wirderwogen werden,und es ist in Deutschland so. Diese Referendargehälter würden im Höchstfalle betragen im Jahre 100 000 Franken. Wenn die Regierung dazu kommen sollte, daß sie

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

74

sie die Spitzelgelder etwas beschneidet und sie anlegt für diese jungen Leute, die doch schließlich auch der Bevölkerung Dienst leisten; ich glaube, dann dürfte sie des Dankes aller Beteiligten sicher sein und es würde für die Regierung etwas Neues sein, wenn sie sich den Dank der Bevölkerung erwerben sollte.

(Sehr gut!)

Zur Aufwertung werde ich selbstverständlich sprechen, wenn diese Vorlage zur Beratung steht. Für heute nur das. Die Regierung hat uns durch den Mund ihres Vertreters erklären lassen, nicht durch den Herrn Staatskommissar, daß die Vorlage betreffend das Verbot der Aufwertung nur eine Sache sei, die dazu führen sollte, daß die ganze Materie mal besprochen werde und sie erwarte vom Landesrat ge isse Anregungen. Wir haben daraufhin der Regierung nahe gelegt, sie möge dann ihre Vorlage zurückziehen. Denn wenn eine Vorlage erscheint, die die Regierung selbst nicht mehr als ernst auffasst, so ist das sehr erfreulich; und wenn die Regierungskommission selbst eingesehen hat, daß mit diesem Verbot der Aufwertung ein kapitaler Unsinn von ihr vorgelegt wurde, dann sollte man doch auch meinen, sie müsste doch den weiteren Schritt tun und das Ganze zurückziehen. Es hätte vielleicht zur Beruhigung der davon Betroffenen beigetragen, wenn man diesen Schritt gewagt hätte. Daß man jetzt schon ruhig behaupten kann, daß es die Regierungskommission nicht mehr ernst nimmt mit dem Verbot der Aufwertung, das kann man ruhig aussprechen, damit die Erregung in der Bevölkerung nicht weiter geht. Ich wäre dem Herrn Staatskommissar dankbar, wenn er uns vielleicht in der nächsten Sitzung endgültig sagen könnte: die Vorlage der Regierungskommission betreffend Verbot der Aufwertung wird zurückgezogen; es wird eine neue Vorlage vorgelegt, die sich ungefähr dem Gesetze in Deutschland anpassen wird.

Wegen der Saareinwohnerschaft schließen wir uns dem Antrage des Zentrums an. Auch wir sind der Meinung, daß diese Verordnung verschwinden muss. Sie hat sich jetzt so unliebsam bemerkbar gemacht. Ich erinnere Sie nur an den Fall von Oettinger, der durch die Presse gegangen ist, daß es Zeit ist, daß sie verschwindet. Bei der Gelegenheit zum Fall Oettinger übrigens eine Frage an den Herrn Staatskommissar. Der Herr von Oettinger war ja nicht freiwillig aus dem Saargebiet weggeblieben, da lag ein gewisser Zwang vor. Es ist ja genug bekannt, wie weit dieser Zwang gegangen ist durch Fußangeln, Handschellen usw. Da war es ihm nicht möglich, die Saareinwohnereigenschaft rechtzeitig zu erneuern. Wenn das so sein soll, daß man auch durch unfreiwilliges Fernsein aus dem Saargebiet die Saareinwohnereigenschaft verlieren kann, dann können sich ja für uns hier im Hause ganz liebliche Perspektiven eröffnen. Man könnte auch dann vielleicht jetzt noch eine derart unfreiwillige Entfernung aus dem Saargebiet vorzunehmen und nachdem das Jahr verflossen wäre -was man am Fall Oettinger gesehen hat- sagt man einfach: die Frist zur Erneuerung der Saareinwohnerschaft ist abgelaufen. Die Regierungskommission hat es ja dann in der Hand, den gesamten Landesrat mit Fuß- und Handschellen und Bajonetten aus seiner Tätigkeit zu entfernen. Das bedarf dringend der Aufklärung. Wenn es keine Aufklärung gibt, dann muss man den Völkerbund angehen und dann den Völkerbund und die Völker der Erde!

Meine

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Meine Herren! Im Saargebiet jagt seit Jahr und Tag, besonders aber in letzter Zeit, ein Skandal den anderen; eine Brüskierung der Bevölkerung folgt der anderen. Immer zynischer und unverblümter werden die französischen Interessen den saarländischen vorangestellt. Ich wende mich von hier aus nicht mehr an die gesamte Regierungskommission, das hat, glaube ich, gar keinen Zweck mehr. Ich wende mich aber an zwei Mitglieder der Regierungskommission: einmal an das Mitglied der Regierungskommission, das das Justizwesen zu verwalten hat; der Herr ist Jurist und hat seinen Ruf als Jurist zu verlieren. Ich wende mich außerdem aber auch an das saarländische Mitglied der Regierungskommission, an den Herrn Minister Koßmann. Ich habe, und das haben auch andere Herren hier bereits getan, darauf hingewiesen, daß es nicht angängig ist, daß das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr Koßmann, sein Amt so auffast, wie er es augenblicklich noch auffasst, daß er sein Amt als reine Ressortverwaltung auffasst. Wir haben ihm das des öfteren schon vorgehalten, hier und sonstwo und ich möchte ihn heute fragen von dieser Stelle aus: "Wie lange noch?" Herr Koßmann muss sich darüber klar sein, daß er zu wählen hat zwischen der Bevölkerung und zwischen dem Teil der Regierung, der sich weniger als Treuhänder des Völkerbundes, als Wegbereiter Frankreichs fühlt! Die Wahl muss er treffen: Es ist hohe Zeit, ja ich behaupte, es ist die allerhöchste Zeit für ihn! Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns nun endlich Taten sehen!

(Bravo! -Ulrich: "Selbsthilfe"!-)

Sind Sie doch still mit Ihrer Selbsthilfe!

(Zuruf Reinhard: "Wir wählen Sie nächstens, Herr Schmelzer!")

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Albert!

Albert (H.u.L.): Ich schließe mich den Ausführungen der übrigen Parteien an.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Dr.Sender!

Dr.Sender (S.P.): Meine Herren! Nur noch einige Worte. Herr Schmelzer ist ein liebenswürdiger Mann. Er entwickelt sich allmählich. Er erteilt in jeder Sitzung die einzelnen Noten: gut, besser, schlecht, sehr gut usw. Ich freue mich tagelang vorher auf die Zensur, die ich von ihm bekomme. Ich möchte ihm jedoch einen guten Rat geben, er möge die Objektivität an den Tag legen, wie ich sie in meiner Erklärung zur Saarbanknote gezeigt habe. Weil ich nicht pflege nur durch die Parteibrille zu sehen, glaube ich meiner Pflicht als Mitglied des Landesrates zu genügen. Glauben Sie, Herr Schmelzer, daß ich nötig habe, die Regierungskommission in Schutz zu nehmen. Auf den Spaziergang der Feld-Wald-Wiesen-Sache folge ich Ihnen nicht.

(Zuruf: "Malermeister!")

(Glocke

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

(Glocke des Vorsitzenden!)

Ich hoffe, daß Schmelzer die Farbtöpfe nicht geliefert hat, und ich würde mich freuen, daß die Rechte und das Zentrum einer Auffassung sind. Wir streiten uns hier, ob die Regierung nicht der Lieferant der Farbtöpfe ist.

Wir haben immer schon die Immunität verlangt. Die Regierung erwägt vielleicht noch. Es ist eigentlich für die Regierungskommission Schmach und Schande, daß sie niemals die Immunität der Abgeordneten in Erwägung gezogen hat.

Nun zum Schluss meine Herren! Auf die Aeußerungen des Herr Staatskommissars kann ich sagen, daß ich Ihnen unsere eindeutige Erklärung vorgelesen habe. Wenn die Regierungskommission es nicht fertig bringt, die Angriffe der französischen Regierung abzuwehren, dann gehört sie vor den Staatsgerichtshof.

(Zurufe: "Sehr richtig!")

Ich stelle die Frage, ob die Regierungskommission in der Lage ist, in der nächsten Sitzung eine eindeutige Erklärung abzugeben?

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4

orsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar Dr.Heim!

taatskommissar Dr.Heim: Meine Herren! Ich habe bei meiner Erklärung über die Währung ja gleich gesagt,daß die Regierungskommission heute nicht in der Lage ist, nach dem Stande der Verhandlungen Auskunft zu geben. Damit ist schon gesagt,daß es heute noch nicht möglich ist,über die Sache zu sprechen. Ich werde selbstverständlich den Wunsch, der zum Ausdruck gebracht worden ist,daß für die nächste Vollsitzung die Frage weiter besprochen wird,weiterleiten.

Dann darf ich noch auf den Fall Kennel kommen. Sämtliche Vorredner haben sich über diesen Fall ausgelassen. Es ist nicht meine Aufgabe, hier an alle diese Einzelheiten,wie sie die einzelnen Redner gebracht haben,einzugehen. Ich bin beauftragt,Ihnen kurz zusagen, daß die Regierungskommission den Fall Kennel geprüft hat und um Mißstände, die sich dabei ergeben haben, abzustellen, einstimmig beschlossen hat, die Oberste Polizeiverwaltung ab 31.März 1925 als selbständige Abteilung aufzuheben und die Geschäfte der Polizeiverwaltung der Abteilung des Innern zu übertragen.

(Lachen- Zuruf Reinhard: Das ist doch den Bock zum Gärtner gemacht !)

(Zuruf Kiefer: Dann kommen wir vom Regen in die Traufe!)

Durch diesen Beschluß ist die Aufhebung der Stellung eines Direktors der Obersten Polizeiverwaltung und seines 1.Sekretärs gegenstandslos geworden.

(Lachen -)

rsitzender: Wir kommen zur Erledigung der eigentlichen Tagesordnung. Zu Punkt 1 und 2 erteile ich dem Berichterstatter Herrn Brettar das Wort!

ettar (S.P.): Meine Herren! Laut Beschluß der Vollversammlung des Landesrates vom 7.Januar 1925 wurde der Verordnungsentwurf betr. Übertritt aus versicherungsfreier in versicherungspflichtige Beschäftigung und umgekehrt zur Beratung an die 5.und 7. Kommission verwiesen.

Auf Grund ihrer Sitzungen vom 13., 16. und 28.Januar 1925 erstatten dieselben folgenden Bericht:

Der vorgelegte Verordnungsentwurf beseitigt manche bisher aufgetretene Härten und bietet den Angestellten und Invaliden,sowie deren Hinterbliebenen gewisse Vorteile. Aus diesen Gründen wurden von den Kommissionen keinerlei Abänderungs- oder Zusatzvorschläge gestellt.

Die Kommission schlägt deshalb die Annahme des Verordnungsentwurfes vor.

Im Zusammenhang mit den Beratungen wurden an den Regierungsvertreter Herrn Regierungsrat M a y e r durch einige Mitglieder der Kommission folgende sehr wichtige Anfragen gerichtet und um Auskunft ersucht:

1) Wie hoch sind seit dem 1.Juli 1923 die Einnahmen der Versicherungsanstalt.

2)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4

A4 I

2) Wie hoch belaufen sich die Ausgaben und zwar

a) für Renten,
b) für Verwaltung,
c) für Heilverfahren.

3) Wie hoch belaufen sich die Renter im Durchschnitt für

a) Invaliden,
b) Waisen,
c) Witwen.

4) Welches Kapital ist angesammelt und wo ist dasselbe angelegt, zu welchem Zinssatz und ob wertbeständig ?

Auf all die gestellten Fragen konnte Herr Regierungsrat Mayer, auch in der dritten Lesung keine Auskunft geben,da die Zwischenzeit nicht ausreichte, die hierzu nötigen Informationen zu erlangen.

Zu letzter Frage konnte er erklären, daß die überschüssigen Kapitalien langfristig und sicher angelegt sind. Nur die Gelder für die laufenden Geschäftsbedürfnisse der Versicherung seien kurzfristig und mit niederem Zinsfuß angelegt.

Die Kommission wünscht, daß die Jahresberichte der Angestelltenversicherung den Mitgliedern des Landesrates zugängig gemacht werden sollen.

Auch hält es die Kommission für dringend notwendig,daß bis zur endgültigen anderweitigen Regelung aus den Rücklagen der Angestelltenversicherung mit Rückwirkung vom 1.Januar 1925 eine wesentliche Erhöhung der Renten durch Gewährung einer Teuerungszulage erfolgt.

Aus der Mitte der Kommission wurde angeregt,daß ein Teil der angelegten Kapitalien den Mitgliedern der Angestelltenversicherung als Baudarlehn zur Verfügung gestellt werden möge.
Ein Mitglied regt an, daß die bisherigen Abänderungen der R.V.O. zur besseren Übersicht in eine zusammenhängende Broschüre zusammengefaßt werden sollen.

Ein weiteres Mitglied stellte noch den Antrag, die Regierungskommission zu ersuchen, die Bestimmung der Berufsgruppen, die der Angestelltenversicherung unterliegen vom 8.März 1924 zu übernehmen.

Anschließend gebe ich Ihnen Bericht der 5. und 7. Kommission über die Beratung der Verordnungsentwürfe betr.Versicherungsgrenze und Grundlohn in der Krankenversicherung.

Die Kommission zur Beratung des Verordnungsentwurfes betr. Versicherungsgrenze und Grundlohn in der Krankenversicherung erstatten aufgrund ihrer Beratungen vom 13.,16. und 28. Januar 1925 der Vollversammlung des Landesrates folgenden Bericht:

Artikel 1 des vorliegenden Entwurfes sieht den gänzlichen Fortfall der "Mußgrenze " für die Berechnung der Leistungen der Krankenversicherung vor und beabsichtigt nur noch die "Kanngrenze " von 20.00 Frcs. bestehen zu lassen.

Alle Mitglieder der Kommissionen sind einmütig der Ansicht, daß der vorgelegte Entwurf gegenüber dem jetzigen Zustand eine bedeutende Verschlechterung bedeutet und beschließt deshalb einstimmig, das Wort " kann " zu streichen und durch das Wort " muß " zu ersetzen.

Ein Mitglied stellt den Antrag, den Artikel 1 durch folgenden Zusatz zu erweitern:

" Die Satzung kann ihn darüber hinaus bis zum wirk-

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 1

wirklichen Arbeitsverdienst berücksichtigen."

Dieser Antrag wird in der ersten Lesung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Ein Mitglied stellte hierauf den Antrag, die jetzige Fassung des Gesetzes beizubehalten und die "Mußgrenze" von 9.-Frcs. auf 12.-Frcs. zu erhöhen.

Für diesen Antrag stimmten jedoch nurn zwei Mitglieder.

Zu Artikel 2, der eine Erhöhung der gesetzl. Versicherungsgrenze von 10.000.-Frcs. auf 12.000.-Frcs. vorsieht, wird von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder beantragt, die vorgeschlagene Grenze von 12.000.-Frcs. auf 15.000.-Frcs. zun erhöhen, da nur dadurch eine den Verhältnissen entsprechende Verbesserung der Krankenbezüge Platz greifen könne.

Zwei Mitglieder stimmten gegen den Antrag.

Als in der II. Lesung Herr Regierungsrat Mayer erklärte, daß er Herrn Berghauptmann die Wünsche der Kommissionen betr. Beibehaltung der "Mußgrenze" vorgetragen habe und dieser sich bereit erklärte, diesen Vorschlag der Regierungskommission zu unterbreiten, jedoch dahin, daß die "Mußgrenze" von 9.-Frcs. auf 12.-Frcs. heraufgesetzt würde, brachte die Mehrheit der Kommission einmütig zum Ausdruck, daß die Regierungskommission in der Vorlage die Mußgrenze von 16.-Frcs. hätte beibehalten müssen.

Die Fraktion der Saarl.-Volkspartei behielt sich ihre Stellungnahme bis zum Plenum vor.

Im übrigen waren die Kommissionen mit den in der ersten Lesung gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Auch bei der dritten Beratung wurden keine neuen Abänderungen vorgeschlagen.

Vorsitzender: Wird zu den Vorlagen das Wort gewünscht? Es ist vorgeschlagen, die Vorlagen möglichst rasch zu verabschieden.

Das Wort hat der Abgeordnete Gärtner!

Gärtner (Z.): Meine Herren! Wir können die Vorlagen heute unter keinen Umständen verabschieden. Diese sind zu wichtig.

(Zuruf Kratz: "Viel zu wichtig!")

Vorsitzender: Sie sind also dafür, daß diese beiden Punkte zurückgestellt werden.

Wir kommen dann zu Punkt 3 und 4 der Tagesordnung.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Seiwert!

Seiwert (Z.): Meine Herren!

Auf Grund ihrer Beratungen vom 9., 21. und 28. Januar ds.Js. erstattet die Kommission folgenden Bericht:

Gegen die Vorlage betr. Abänderung des Weingesetzes werden seitens der Kommission keine Bedenken geäußert, da die im Entwurf vorgesehenen Aenderungen sich lediglich nur auf Namensbezeichnungen für Wein und Branntwein beschränken.

Die andere Vorlage betr. Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Schmalz und deren Ersatzmittel vom 15.Juni 1897 wird von der Kommission angenommen, doch wird eine kleine Aenderung vorgenommen. Diese besteht darin, auf der letzten Seite der Verordnung in der zweiten Zeile von oben die orte:

"und die Firma und Fabrikmarke des Herstellers tragen" zu streichen.

Dadurch wird es dem Fabrikanten anheimgestellt, seine Firma oder Fabrikmarke auf die äußere Umhüllung von Margarine aufzutragen. Ein Zwang hierfür besteht also nicht mehr.

Die Kommission, die diese Aenderung einstimmig angenommen hat, empfiehlt dem Plenum die Annahme dieser beiden Vorlagen.

Vorsitzender: Nachdem in der Kommission Einstimmigkeit geherrscht hat, können wir darüber abstimmen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt gelten die Vorlagen, wie der Kommissionsbeschluss sagt, als angenommen.

Wir kommen zum letzten Punkt für heute:

Körung der Hengste.

Das Wort hierzu hat der Berichterstatter, Herr Hussong!

Hussong (D.S.V.): Meine Herren!

Die 3.Kommission des Landesrates hat sich in ihren Sitzungen am 15., 21. und 28. Januar ds.Js. mit der Vorlage betr. Körung der Hengste befasst. Da an diesen Tagen noch mehrere Vorlagen behandelt wurden, nahmen auch die I., II., V. und VII. Kommission an der Beratung teil.

Die wenige Aenderungen, die die Kommission an dem Entwurf unter Zustimmung sämtlicher anwesenden Mitglieder vorgenommen hat, sind folgende:

In § 1 wird die Ziffer b gestrichen.

In § 2 wird im 2.Absatz in der zweiten Zeile hinter das Wort -für- eingeschaltet: "die eigene Zucht oder", sodaß die Fassung lautet:

"In begründeten Ausnahmefällen kann der Körausschuss einen nicht körfähigen Hengst für die eigene Zucht oder einen räumlich begrenzten Bezirk bis zum nächsten Körtermin oder einem anderen von dem Körausschuss bezeichneten Zeitabschnitt zum Decken zulassen."

In § 3 wird nach Ziffer 3 eine Ziffer 4 eingeschaltet, die folgenden Wortlaut hat:

" 4) einem von dem zuständigen Kreistag (Bezirkstag) zu wählenden fachkundigen Landwirt als Vertreter des betreffenden Kreises (Bezirkes)."

Die Ziffer 4 der Vorlage wird demgemäß Ziffer 5.

Ferner

L.R. Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4

Ferner wird eine Ziffer 6 neu eingeschaltet, die folgenden Wortlaut hat:

"Dem Leiter der für den Bezirk in Frage kommenden landwirtschaftlichen Schule als beratendes Mitglied."

In § 14 wird in der zweiten Zeile das Wort "fremder" durch das Wort "von" ersetzt. Die Fassung lautet dann:

" ..... zum Decken von Stuten ..... "

Desgleichen wird das Strafmaß von 300.-Frcs. in 500.-Frcs. geändert.

Weitere Bedenken wurden nicht erhoben und die Kommission empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage mit den getroffenen Aenderungen.

Zu dem Entwurf hätte ich zu sagen, die Landwirtschaft hat es begrüßt, daß dies die erste Verordnung ist, die unter Hinzuziehung landwirtschaftlicher Kreise zusammengestellt wurde. Die Landwirtschaft hat es ferner begrüßt, daß die Regierungskommission in ihrer Begründung von dem Gedanken ausging, eine notwendige Einheitlichkeit zu schaffen um eine bessere Handhabung zu bekommen, die Schädigungen in der Zucht zu vermeiden. Die Landwirtschaft benötigt ein Pferd, das allen Zwecken der Landwirtschaft entspricht, ein sogenanntes vielseitiges Pferd. Insofern kann sich die Landwirtschaft auch nicht mehr erlauben, andere Pferde als für ihren eigenen Betrieb geeignete Pferde zu pflegen. Die private Hengsthaltung muss soweit als möglich eingeschränkt werden, da diese eine Gefahr für die Hengststationen bildet. Es ist notwendig, daß von der Regierungskommission Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, zur Beschaffung von brauchbarem Deckmaterial und Errichtung notwendiger Deckstationen. Der Landwirtschaft ist es nicht möglich, die Mittel dafür aufzubringen.

Meine Herren! Wenn ich erwähnt habe, daß es die Landwirtschaft begrüßt hat, daß sie zur Beratung dieser Vorlage herangezogen wurde. so hätte sie es begrüßt, wenn sie zu der Verordnung betr. Verkehr mit Kuhmilch, die die Regierungskommission laut Amtsblatt vom 28.5.24 erlassen hat, zugezogen worden wäre, bei welcher aber die Vertreter der Landwirtschaft nicht gehört worden sind. In weiten Kreisen der Landwirtschaft hat dies eine große Beunruhigung hervorgerufen. Es ist dies eine Maßnahme, daß sämtliche in einem Umkreis von 10 Km. abzuliefernde Milch an eine für das Saargebiet zugelassene Molkerei abzuliefern sei, deren Produkt aber nicht mehr als vollwertiges Produkt, sondern als minderwertiges Fabrikat an die Bevölkerung verkauft wird. Durch die Pasteurisierung der Milch soll das Sauerwerden vermieden werden. Vor allen Dingen könnte es angebracht sein, daß die eingeführte ausländische Milch einer schärferen Kontrolle unterzogen wird. Es ist nachgewiesen, daß die eingeführte ausländische Milch fast 20 % minderwertiger ist als die Saarlandsmilch und in vielen Betrieben saarländische Milch verkauft wird mit Zutun von ausländischer Milch.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

Eine weitere Verbesserung der Milch könnte durch entsprechende Fütterung, der sogenannten Brockenfütterung, geschehen. Diese wird allerdings etwas verteuert, aber desto besser wird die Milch und als weitere Verbesserung könnte gelten, wenn von Seiten der Tierärzte die Milchtiere geimpft werden.

Meine Herren! Ich hätte noch einen Antrag der landwirtschaftlichen Betriebe und wenn Sie gestatten, werde ich auch den noch vorbringen. Er betrifft die hohen Forderungen bei Markvermessungen. Tatsächlich sind die Vermessungskosten um 300 % gestiegen. Die Landwirtschaft führt darüber Klage, da es ihr unter diesen Umständen nicht mehr möglich sein wird, notwendige Messungen an Grundstücken vorzunehmen. Bei manchen Vermessungen ist der Verkaufswert des Grundstückes gleich mit den Vermessungskosten. Im Bezirk St.Ingbert ist es vorgekommen, daß tatsächlich bei einer Vermessung 100.- Franken pro Stunde verlangt wurden. Wenn diese Verhältnisse so weiter gehen, dann wird sich das am Wohlergehen der Bevölkerung rächen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 4
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Abgeordnete Gladel.

Mitglied Gladel (Z.) Jm Anschluss an die Verabschiedung der heutigen Verordnung kann ich es als Vertreter der Landwirtschaft des Saargebietes nicht unterlassen, die Regierungskommission auf einige akute Fragen in der Landwirtschaft vorzubereiten. Die Landwirtschaft des Saargebietes befindet sich in großer, in sehr großer Not, die zur vollständigen Katastrophe führen muss, wenn nicht schnellste Hilfe gebracht wird. Diese Not ist hervorgerufen erstens durch die schlechten Ernten der letzten Jahre, zweitens die verderblich wirkende Kreditnot, drittens die übermäßige steuerliche Belastung und viertens die jetzt erfolgte gänzliche Abschnürung vom Mutterlande.

Zu 1.: Waren schon die Jahre 1922 und 1923 keine guten Erntejahre, so brachte uns das Jahr 1924 eine Mißernte, wie die Landwirtschaft sie schon lange nicht mehr erlebt hat. Schlechte Ueberwinterung des Getreides, anhaltende Trockenheit im Vorsommer, dauernder Regen im Nachsommer; all das führte zusammen, um uns diese allerschlechteste Ernte zu bescheren. So braucht man sich nicht zu wundern, daß selbst Landleute mit größerem Betriebe kaum Brotgetreide für sich haben. Darum bitte ich die Regierungs-Kommissicn, zur Beschaffung von Saatgetreide und Saatkartoffeln günstige Kredite und Transporterleichterungen zu gewähren.

Zu 2.: Die große Kapitalnot ist hervorgerufen durch den Ernteausfall der vergangenen Jahre, durch die Verschlechterung und teilweise Vernichtung der Betriebsmittel während der Jnflationszeit, durch die Raubbauwirtschaft in und zum Teil nach dem Kriege durch die geringe Kaufkraft des überwiegenden Teiles der Bevölkerung. Darum muss die Regierungskommission es auch in diesem Punkte als ihre vornehmste Aufgabe erkennen, die Kreditnot zu beheben durch langfrisitge Kredite mit wirklich tragbaren erschwinglichen Zinssätzen.

Zu 3.: Die jetzige steuerliche Belastung der saarländischen Landwirtschaft muss durch eine Neuregelung gemildert werden. Damit unsere Landwirtschaft dem lothringischen gleichgestellt sei, wird die Umsatzsteuer fallen müssen. Wenn hier die lothringische Landwirtschaft genannt wird, dann sind es ausschließlich wirtschaftliche Gründe, daß es geschieht. Die in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung viel besser gestellte lothringische Landwirtschaft kennt keine Umsatzsteuer. Darum kann diese ihre Erzeugnisse viel billiger auf dem Markt bringen. Auch die Veranlagung zur Grundsteuer muss auf einer anderen Basis aufgebaut werden. Es wäre zu diesem Zwecke eine neue Bodenklasseneinteilung unserer Fluren von großer entscheidender Wichtigkeit. Ebenso scheinen die Berechnungen zur Vermögenssteuer (25 mal Reinertrag) viel zu überspannt und darum ungerecht zu sein. So möge denn die Regierungskommission auch hier die gewünschten und berechtigten Erleichterungen bringen.

Zu 4.: Die jetzt vollzogene Zollabschnürung muss sich zu einer letzten großen Härte für die Saarlandwirtschaft auswachsen, wenn die Regierungskommission nicht

jetzt

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I

jetzt schon die nötigen Vorkehrungen trifft. Wir sind vom deutschen Mutterlande auf Gedeih und Verderb abhängig. Saatgetreide und Saatkartoffeln müssen wir von dorther beziehen, Die notwendige Blutauffrischung unserer Viehzucht muss von dort aus erfolgen. Die modernen Kunstdüngerfabrikate, welche unser Boden so dringend verlangt, sowie Maschinenersatzteile und Maschinen sind in vorzüglicher Güte nur aus dem deutschen Mutterlande zu beziehen. Darum wird es notwendig sein, alle Verkehrserleichterungen zugewähren, damit diese Einfuhr in altem Maße wieder möglich ist. Als Männer, die in Volkswirtschaft Einblick haben müssen, müssen Sie bedenken, daß von der Blüte, von dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft auch das Wohl der ganzen Bevölkerung abhängt. Jn diesem Sinne bitte ich, meine kurzen Ausführungen recht zu beherzigen und Hilfe zu bringen, soweit es überhaupt möglich ist.

(B r a v o !)

Vorsitzender: Meine Herren! Sie habenaaus dem Kommissionsbericht gehört, daß die wenigen Aenderungen einstimmig gefasst wurden. Nachdem sich kein Redner zum Wort meldet, wäre die Vorlage angenommen.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich in etwa 14 Tagen stattfinden können.

Damit ist die Sitzung geschlossen (6 Uhr 40 Minuten).

- • - O - • -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 4 A4 I